

# BULLETIN

NUMMER 3 | September 2010



- 
- \* 4 2000 Watt – Das kann Zug auch \*
  - \* 8 Nationalrat – Sri Lankas ungesühnte Kriegsverbrechen \*
  - \* 10 Abstimmungen – Nein, Nein, Ja \*
  - \* 12 Bahn 2030 – Wer soll das bezahlen? \*
  - \* 14 Wahlen I – Wählen einfach gemacht \*
-

Titelbild Philippe Koch  
Das Umschlagbild dieses BULLETINS zeigt eine Wand in Marokko, auf der die Felder gemalt sind, in denen Wahlplakate geklebt werden können.

## Inhaltsverzeichnis

2

### 3 Editorial

Wertschätzung als Prinzip

### 4 2000 Watt

Das kann Zug auch

### 6 Kantonsrat

Leben und Wohnen in Zug

### 8 Nationalrat

Sri Lankas ungesühnte Kriegsverbrechen

Ein Bürgerlicher für die Aufhebung der Wehrpflicht

### 10 Abstimmungen

Nein, Nein, Ja

### 11 Steuergerechtigkeit

Umverteilen!

### 12 Bahn 2030

Wer soll das bezahlen?

### 14 Wahlen I

Wählen einfach gemacht

### 15 Wahlen II

Aus dem Vollen schöpfen

### 16 Wahlen III

Wählen mit Köpfchen – die Kandidatinnen und Kandidaten 2010

### 21 Junge Alternative

Wir kandidieren!

### 22 Grünspecht

Der rechtsbürgerliche Lokalegoismus hat keine Zukunft

### 23 Integration

Religion oder Kultur?

### 24 Frontal

### 25 Serviceteil

Kino

Buch

Adressen

Impressum

Veranstaltungen

#### «Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative – die Grünen Baar, Alternative – die Grünen Menzingen, Alternative-die Grünen Unterägeri, Alternative – die Grünen Stadt Zug, Alternative – die Grünen Zug, Forum Oberägeri, Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz, Grüne Steinhausen, Krifo Alternative Cham**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein  
«Das BULLETIN»

# Wertschätzung als Prinzip

Barbara Beck-Iselin, Co-Präsidentin Alternative – die Grünen Zug | Bild Barbara Beck-Iselin



Seit drei Monaten bin ich nun in diesem neuen Amt. Die Zeit verlief wie im Flug. Es war spannend und auch anstrengend. Es ist Wahlzeit! Schon nach dieser kurzen Zeit habe ich sehr viel zu danken. Es werden Grundsatzpapiere erarbeitet, Leserbriefe geschrieben, Konzepte geprüft, Vorschläge überarbeitet, politische Vorstösse entworfen, Gesetzestexte studiert, Ideen gewälzt, mit offenen Augen und Ohren Probleme erkannt, Eingaben geschrieben. Frauen und Männer setzen sich ein, reden, schreiben, diskutieren, argumentieren, flicken Computer, rechnen, buchen, mailen, telefonieren und kochen für die Monatsbar. Und bald sind Wahlen und da gibt es noch ganz viele andere Arbeiten zu erledigen. Alle setzen sich ein für die Natur, für die Gerechtigkeit und für die Zukunft.

Wir fordern viel. Von uns selber, von den andern, von der Gesellschaft. Und viele leisten sehr viel: in Beruf,

*Familie und Nachbarschaft. Und zusätzlich in der Politik und für unsere Gesellschaft. Das meiste wird ehrenamtlich geleistet, allfälliges Sitzungsgeld geben die Behördenmitglieder zu einem rechten Teil auch wieder der Partei ab. Ich danke im Namen der ganzen Partei allen Aktiven und Emsigen für die grosse Arbeit, die in unsern Reihen getätigt wird. Mein Aufruf: Lasst uns unsere Arbeit gegenseitig verdanken und mehr wertschätzen. Je spontaner, desto besser. Tadel ist immer sofort zur Hand, drum möchte ich heute mal danken. Keine der Arbeiten ist wichtiger oder mehr wert als die andere. Jeder und Jede macht ihren/seinen Teil und auch*

*auf seine Art. Das Geleistete wird nicht von allen gleich gut befunden. Aber die Vielfalt und v.a. die Bereitschaft, sich dann einzusetzen, wenn es nötig ist kann ich nur loben! Danke euch allen für die bisherigen und die weiteren Taten: z.B. am 9. September am Sponsorenlauf und ebenfalls schon zum Voraus für die Leserbriefe zur ALV-Abstimmung.*

*Uns alle sorgen die vielen Meldungen, wo Menschen sterben und leiden, die Natur zerstört wird. Russland brennt, doch ein Blick auf die Erde zeigt, viele andere Gebiete auch. Pakistan ist unter Wasser und die Wassermengen zerstören Orte in Deutschland und Polen. Im Golf von Mexiko sind ganze Ökosysteme zerstört. Alles weit weg und doch wissen wir, dass es uns auch was angeht. Auch bei uns ist die veränderte Wetterlage sichtbar. Es zeigt uns, wo Grenzen sind, wo menschlicher Profit und die Gier zu weit geht. Die Natur wird von Menschen*

*verändert, wir sind ein Teil dieser Menschheit und wollen doch anders sein.*

*Sind wir anders? Verantwortungsbewusster... wir fahren mit dem Velo zur Arbeit; umweltgerechter... wir essen einheimisches Saison Gemüse und wenig Fleisch; sozialer... wir kaufen T-Shirts aus ökologischer Produktion; gerechter... wir zahlen mehr für die Arbeit der T-Shirt-Schneiderinnen in Indien. Vielleicht sind wir nicht anders und auch nicht besser, doch wenn wir handeln, dann im Wissen, dass wir nur wenig erreichen mit unseren kleinen Aktionen und unserem persönlichen Lebensstil. Aber auch im Wissen, dass wir zusammen mehr erreichen. Wir bemühen uns, Vorbilder für die Jugend und all jene zu sein, die immer sagen: «Es geht halt leider nicht anders, ich würde ja schon gern». Wir hoffen zu zeigen, dass es auch anders geht und wir deswegen nicht leiden. Und wenn wir wieder mal zweifeln, denken wir dran: Das Positive ist wichtig, unser Wohlfühl, nicht das Verbissene, Sektierische und Extreme. Wir überzeugen durch lebensfrohe Haltung, durch lächelndes und freudiges Mitmachen. Im Alltag und in der Politik, bei der Arbeit und beim Einkaufen, beim Sport und bei der Feriengestaltung, im Kantonsrat und an der Gemeindeversammlung etc.*

*Denn wir wählen die Natur und die Gerechtigkeit, wir wählen die Zukunft: froh, überzeugt und glücklich. Und... vergessen wir dabei die Wertschätzung nicht!*

*PS: Ganz glücklich bin ich über den hohen Anteil an Frauen bei unseren Kandidierenden. Von den Total 65 Personen (einige kandidieren doppelt) sind 29 Frauen (= 45 %). Das macht uns so bald keine andere Partei nach! Danke allen, die dazu beigetragen haben. ■*

# Das kann Zug auch

Markus Müller, Mitglied Arbeitsgruppe 2000 Watt, Stadt Zug | Bild poolarch.ch

**4 Die Nachhaltigkeitsstrategie der 2000-Watt-Gesellschaft ist vielerorts auf guten Wegen. Grössere und kleinere Städte arbeiten in verschiedenen Bereichen an der Umsetzung. Der Begriff der Nachhaltigkeit bleibt nicht leerer Buchstabe, sondern wird Schritt für Schritt Realität. Wir wollten es genauer wissen und haben in einem schriftlichen Interview Frau Sandra Rigon vom Departement für Gesundheit und Umwelt der Stadt Zürich befragt, wie es in ihrer Stadt mit der praktischen Umsetzung steht.**

Seit dem April 2010 läuft in der Stadt Zug die Unterschriftensammlung für eine Festschreibung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung. Nach den Sommerferien geht die Sammlung in den Schlusspurt. Es braucht noch einmal einen grossen Effort, damit die Sammlung Ende September erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Es zeigt sich, dass die Themen Umwelt und Nachhaltigkeit in der Bevölkerung präsent sind, obwohl es nicht ganz einfach ist, die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft mit wenigen Worten zu erklären. Die Umweltkatastrophen dieses Jahres im Golf von Mexiko, in Osteuropa, Russland und Pakistan zeigen nun aber deutlich genug, dass es eine nachhaltige Entwicklung dringend braucht.

## Zürich – die grosse Nachbarin

Zum Abschluss unserer dreiteiligen Artikelserie zur 2000-Watt-Gesellschaft schauen wir nach Zürich. Wir wollten wissen, wie die Stadt Zürich das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft anpackt und was sie schon erreicht hat. Zürich, die grosse Nachbarin im Norden, ist eine vitale und vielschichtige Metropole. Wirtschaftsmotor, Kulturlokomotive und begehrter Wohnort zugleich. Die Stadt will diese Qualitäten langfristig sichern und setzt schon seit 2006 auf das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft. Ein kühnes Ziel und ein langer Weg. Wie bewegt sich die Stadt auf diesem Weg? Nachstehend unser Interview mit Frau Sandra Rigon vom Amt für Gesundheit und Umwelt. Die Fragen wurden schriftlich gestellt und beantwortet.

**BULLETIN:** Die Stadt Zürich hat die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft per Volksabstimmung in ihrer Verfassung (Gemeindeordnung) verankert. Wie präsent ist die 2000-Watt-Gesellschaft den Bewohnerinnen und Bewohnern?

**Sandra Rigon:** Im Rahmen der städtischen Bevölkerungsbefragung 2009 zeigte sich, dass 21 Prozent die anzustrebenden Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft kennen, weitere 36 Prozent kennen diese ungefähr. Dieses Resultat stellt eine gute Basis dar für den weiteren Einbezug der Bevölkerung. Die Befragten wurden auch nach aus ihrer Sicht wirksamen Massnahmen gefragt. Als wirksam wurden insbesondere finanzielle Anreize und Informationen zu Energiesparmassnahmen bezeichnet.

**BULLETIN:** In welchen Bereichen fördert die Stadt die nachhaltige Entwicklung? Mit welchen konkreten Massnahmen nimmt sie Einfluss?

**Sandra Rigon:** Wichtige strategische Grundlagen für konkrete Massnahmen sind der Masterplan Umwelt, der Masterplan Energie, die Mobilitätsstrategie und die Beschaffungsstrategie. Thema Energieangebot und -nachfrage: Förderbeiträge aus dem Stromsparfonds zur Steigerung der Energieeffizienz (u.a. Solaranlagen und Wärmepumpen) wirken unterstützend. Es wurde eine massive Steigerung der Produktion erneuerbarer Energien angestossen.

Es gibt zwei Rahmenkredite von total 220 Mio. Fr. zum Ausbau der Windenergie, für den Bau einer Brennstoffzellen-Pilotanlage und der Realisierung eines Holzheizkraftwerks. Der

Effizienztarif des ewz belohnt Energieeffizienzmassnahmen der Wirtschaft.

Thema Bauen: Die Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft – konkretisiert in den sieben Meilenschritten zum umwelt- und energiegerechten Bauen – konnten bei Neubauten und Instandsetzungen realisiert werden (z.B. Stadthospital Triemli, Schulhaus Milchbuck). Neu wurde eine Beratung und Begleitung für Planende und Bauende (Energie-Coaching) geschaffen.

Thema Mobilität: Der öffentliche Verkehr wird gemäss der VBZ-Netzentwicklungsstudie 2025 ausgebaut und Strassenneubauten mit entlastungssichernden und flankierenden Massnahmen begleitet. Das Fuss- und Velowegnetz wird kontinuierlich verbessert. Die Fussgängerbereiche in der Innenstadt werden erweitert und die Stadträume in den Quartierzentren aufgewertet. Vorbereitungen für ein automatisches Veloverleihsystem sind im Gange.

**BULLETIN:** Wie intensiv ist die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Novatlantis?

**Sandra Rigon:** Mit dem Öko-Kompass, einem Beratungsangebot für Zürcher KMU, wurde ein Instrument geschaffen, welches die KMU bei Analyse und Umsetzung von betriebsinternen Umweltschutzmassnahmen gezielt unterstützt. Mit Novatlantis wurde eine strategische Partnerschaft eingegangen. Novatlantis nahm sowohl in der Projektsteuerung als auch im Leitungsteam des Legislatorschwerpunktes Einsitz.

**BULLETIN:** Welche Kontakte gibt es zu den anderen Schweizer Städten mit den gleichen Zielsetzungen?

**Sandra Rigon:** Immer mehr Städte und Gemeinden interessieren sich für eine Ausrichtung auf die 2000-Watt-Gesellschaft. Der Austausch erfolgt einerseits über bestehende Plattformen wie beispielsweise dem regelmässigen Erfahrungsaustausch der



Energiedelegierten der Schweizer Städte oder dem Trägerverein «Energistadt». Zudem bauen Novatlantis und EnergieSchweiz für Gemeinden 2010 eine Fachstelle 2000-Watt-Gesellschaft auf, die auch Gemeinden bei der Erreichung der 2000-Watt-Ziele unterstützen soll.

**BULLETIN:** 2006 bis 2010 war die 2000-Watt-Gesellschaft ein Legislaturschwerpunkt der Stadt Zürich. Wie sieht eine Bilanz aus Ihrer Sicht aus?

**Sandra Rigon:** Mit dem Legislaturschwerpunkt wurden die Weichen gestellt und wichtige Impulse gegeben. Es sind aber noch deutliche Verstärkungen der Anstrengungen notwendig, insbesondere im Aufbau erneuerbarer Energiequellen und der weiteren Steigerung der Energieeffizienz. Auch im Bereich der Mobilität sind noch grosse Herausforderungen zu bewältigen. Das Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn alle Beteiligten (Stadtrat und Verwaltung, Politik, Bevölkerung und Wirtschaft) ihren jeweils eigenen Beitrag leisten.

**BULLETIN:** Zug ist eine Kleinstadt. Immer wieder hört man, es mache wenig Sinn, im kleinen Massstab die 2000-Watt-Gesellschaft einzuführen,

grosse Städte hätten viel bessere Möglichkeiten. Wie begegnen Sie solchen Äusserungen?

**Sandra Rigon:** Die Möglichkeiten von einzelnen Gemeinden, also auch der grossen Städte, sind grundsätzlich beschränkt, da zahlreiche übergeordnete Bestimmungen von Kanton oder Bund erlassen werden. Dennoch: Wer soll denn sonst Trendsetter sein und Impulse für eine nachhaltige Gesellschaft geben, wenn nicht die fortschrittlichen Städte?

**BULLETIN:** Wir danken Frau Sandra Rigon für dieses Interview. ■

An der Badenerstrasse 380 in Zürich baute die Genossenschaft Zurlinden mit Pool-Architekten das erste 2000-Watt-Haus.

**Zug – eine fortschrittliche Stadt?**

Da haben wir es: Die fortschrittlichen Städte geben die Impulse für eine nachhaltige Zukunft. Andernorts hat diese Zukunft bereits begonnen. Auch Zug soll diesen Weg gehen.

Die Unterschriftensammlung für die städtische Initiative «2000 Watt für Zug» läuft noch bis zum 15. September. Jede Unterschrift zählt. Sendet eure Unterschriftenbogen sobald als möglich ein. Helft beim Sammeln. Meldet euch beim Initiativkomitee. Informationen und Unterschriftenbogen: [www.2000wattzug.ch](http://www.2000wattzug.ch) Informationen zur 2000-Watt-Gesellschaft: [www.novatlantis.ch](http://www.novatlantis.ch)



# Leben und Wohnen in Zug

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative – die Grünen Zug | Illustration BULLETIN

## 6 **Leben in Zug kostet viel – zu viel für viele. Die teuren Wohnungen belasten Zugerinnen und Zuger. Menschen mit tiefem Einkommen und Vermögen ziehen weg. Jetzt liegen dazu Zahlen vor – wer kommt, wer geht? Und zahlbares Wohnen wird zu wenig gefördert.**

Die Regierung hat am 28. Juni dieses Jahres in ihrer Antwort auf eine Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion die Wanderungsbilanz des Kantons Zug für die beiden Jahre 2008 und 2009 veröffentlicht. Sie zeigt, dass Menschen mit steuerbarem Einkommen oder Vermögen unter 50'000 Franken den Kanton Zug verlassen (Darstellungen 1 und 2). Offenbar wird Zug im schweizweiten Vergleich für «normale» Schweizerinnen und Schweizer unattraktiver. Denn jährlich ziehen rund 3000 Menschen aus anderen Kantonen nach Zug, 4000 jedoch ziehen weg.

### **Steuergeschenke für Reiche...**

Die Wanderungsbilanz zeigt, was wir Alternativen seit Jahren kritisieren. Die einseitige Wachstums- und Tiefsteuerpolitik von FDP, CVP und SVP treibt wenig und normal verdienende Zugerinnen und Zuger aus dem Kanton. Hingegen hofieren die bürgerlichen Parteien Topverdienende, Reiche sowie privilegierte Firmen. Diese zahlen kaum Steuern, dafür Höchstpreise für Büros oder Wohnungen – Letztere bleiben bei Steuerflüchtigen nicht selten leer – und treiben so die Wohnkosten für die Mehrheit der Bevölkerung immer öfter ins Unbezahlbare. Selbst die Regierung muss zugeben, dass «die hohen Wohnraumkosten bei einigen Wegziehenden wohl mit ein Beweggrund für den Kantonswechsel sind».

### **...und die Folgen**

Attraktiv ist Zug für Ausländerinnen und Ausländer: 3000 zogen im Jahre 2009 zu, 1500 weg. Deutschland, Grossbritannien, USA und Russland hatten 2009 die grössten Zuwächse. Menschen ausländischer Herkunft bereichern unseren Kanton – doch es

sind zunehmend reiche, die hierher ziehen. Denn Zug ist für Topverdiener – laut BAK Basel Economics – auch 2010 der steuergünstigste Ort in der Schweiz und liegt auch weltweit ganz vorn. Der russische Milliardär und Putin-Freund Viktor Vekselberg hat seine Schriften neu in Zug – wo er «wohnt» ist unklar, da sein Haus in Oberwil noch nicht fertig erstellt ist. Der wegen Verletzung von Schweizer Börsenrecht verurteilte Investor lässt sich hier pauschal besteuern und zahlt im Verhältnis zu seinem Reichtum kaum etwas. Normalbürgerinnen und -bürger hingegen können keinen Steuerdeal machen und zahlen nach ihrem Einkommen und Vermögen. Das ist höchst ungerecht: Darum haben die Alternativen – zusammen mit verschiedenen Bündnispartnern – auch die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung lanciert.

### **Tiefe Steuern nutzen den Reichsten**

Schon die Studie der Crédit Suisse vom November 2008 zeigte auf, dass in Zug bei mittelständischen Familien das frei verfügbare Einkommen – d.h., was nach allen Ausgaben für Steuern über Krankenkassen bis Wohnen übrig bleibt – sinkt. Zug ist im schweizweiten Vergleich von 2006 bis 2008 von Rang 5 auf Rang 18 zurückgefallen – trotz massiver Steuersenkungen in dieser Zeit. Die CS schreibt: «Hauptsächlich aufgrund des überdurchschnittlichen Wachstums der Miet- und Immobilienpreise haben die Kantone Schwyz, Nidwalden und Zug für den breiten Mittelstand an Attraktivität eingebüsst.» Und in der Studie wurde der Mittelstand mit einem Jahreseinkommen von 150'000 Franken und einem Vermögen von 300'000 Franken definiert. Leicht nachzuvollziehen, dass für Menschen mit weni-

ger Geld am Ende noch weniger im Portemonnaie bleibt.

### **Wasser predigen, Wein trinken**

Wenn die Regierung im Frühling 2010 in der mit kantonalen Angestellten gefüllten Waldmannhalle ein langsames und nachhaltiges Wachstum zur Strategie erklärte, hat dies realistische Züge. Denn gleichzeitig wurden im Raumplanungsgesetz Zielwerte für die Anzahl der Arbeitsplätze gestrichen, neue Strassen bewilligt und Steuersenkungen für gewinnstarke Firmen angekündigt. 2011 soll die Gewinnsteuer für Kapitalgesellschaften, Genossenschaften und kommerzielle Stiftungen von 6,5 auf 5,75 Prozent sinken. 18 Millionen jährlich schenkt so das Steuerparadies Zug diesen Firmen, und dabei wurden sie bereits im 2008 um 0,5 Prozent entlastet. Hauptargument ist, dass Luzern und auch Ob- und Nidwalden Firmen mit noch tieferen Steuern locken.

Wohin führt die kurzsichtige Steuerpolitik in Luzern? Aufgrund der Einnahmeausfälle wurde ein Sparpaket von jährlich 35 Millionen Franken beschlossen – betroffen sind Spitäler, Polizei und vor allem die Bildung. Wenn sich nun der Zuger Finanzdirektor über das Luzerner Steuerdumping aufregt, gleicht er dem Zauberlehrling, der dem von ihm angerichteten Schlamassel nicht mehr Herr wird. Denn es war und ist die Politik von Zugs bürgerlichen Parteien, welche diesen schädlichen Steuerwettbewerb zum Nachteil des «einfachen Mannes / der einfachen Frau» immer weiter treibt.

### **Das eine tun, das andere lassen**

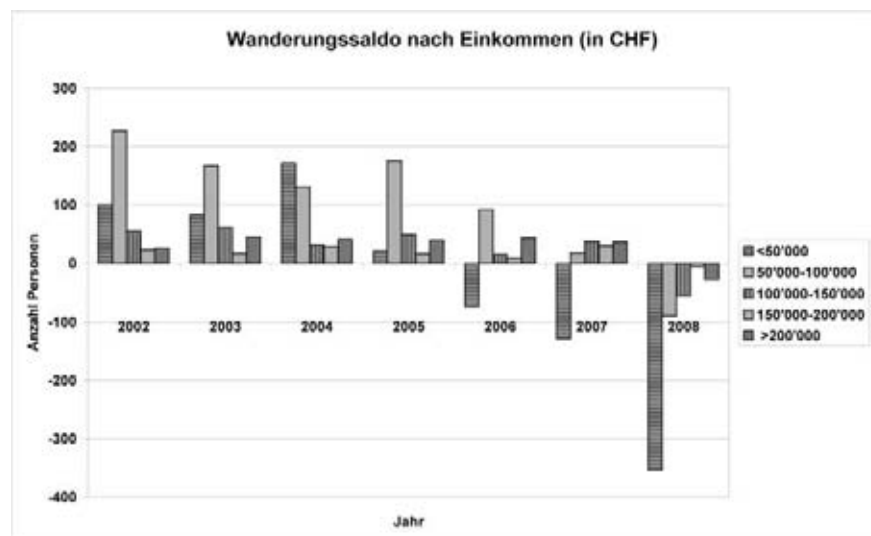
Wenn die bürgerlichen Parteien Rahmenbedingungen schaffen, welche die Reichen derart privilegiert, sollte die Politik fairerweise für tiefe Gebühren für öffentliche Dienstleistungen sowie für die Förderung von günstigem Wohnen sorgen. Denn es ist dieser «freie Markt», der Bauland, Baukosten und letztlich das Wohnen verteuert. Doch

nichts da! Die Regierung schlägt Gebührenhöhungen vor. Und Anfang Jahr verabschiedete der Kantonsrat eine so dürftige Wohnbauförderung, dass sie selbst in einem Wahljahr kaum als Feigenblatt für die verfehlte Politik von FDP, SVP und CVP dienen kann. Alle Anträge von uns Alternativen für mehr Geld, für individuelle Hilfe, für die Förderung zum Umzug in kleinere Wohnungen, für alternative Wohnformen im Alter, für diverse weitere Mietbeiträge wurden von den drei bürgerlichen Parteien abgelehnt. Seit 2006 wurden im Kanton Zug Topverdienende, Reiche und gewinnstarke Firmen jährlich um über 100 Millionen Franken entlastet. Doch für das nachweislich grösste Problem der Zuger Bevölkerung werden nun jährlich gerade mal 3 Millionen aufgewendet, und gleichzeitig werden die Gemeinden nicht verpflichtet, dieses zusätzliche Geld auch einzusetzen. In der Stadt Zug haben die Bürgerlichen eine Steuerfusssenkung von 70 auf 60 Prozent durchgesetzt. Wenn nun Gelder für die Wohnraumförderung angeblich fehlen, dann liegt es daran, dass einmal mehr Steuergeschenke primär zugunsten der Reichsten gemacht wurden. Dabei wird das Problem immer drängender. Die zusammen mit dem (subventionierten!) neuen Eisstadion beschlossenen Wohnungen auf dem Bossard-Areal sind deutlich teurer als versprochen – eine 4 ½-Zimmer-Wohnung kostet 2800 Franken. In der Überbauung Roost in Zug, wo nach dem Willen des Stimmbekes preisgünstige Wohnungen gebaut werden sollten, wird es nun doch so teuer, dass kaum von preisgünstigen Wohnungen gesprochen werden kann.

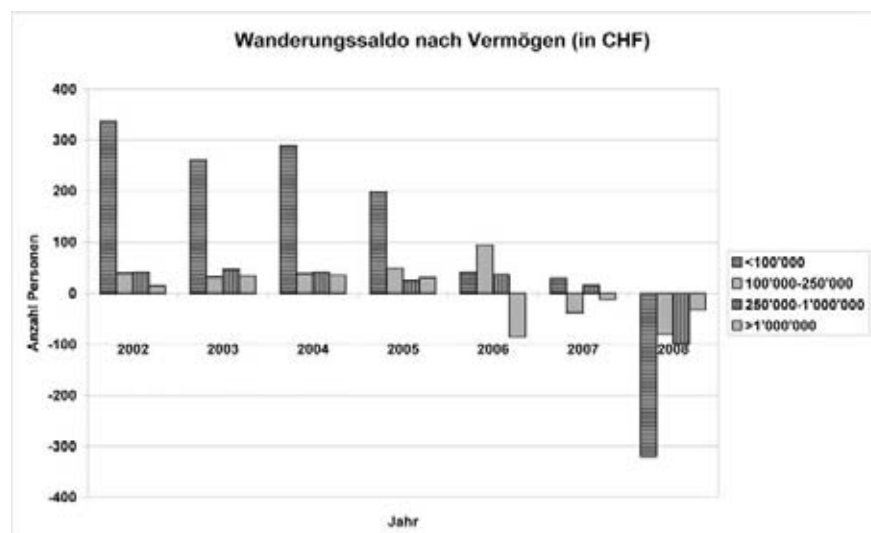
### Lebensqualität für alle

Eine erfolgreiche Zuger Wirtschaft muss der Bevölkerung nützen. Darum ist es Aufgabe der Politik, für günstigen Wohnraum und für ebenso gute wie zahlbare Wohnungen zu sorgen, damit gerade auch Menschen, die hier

aufgewachsen sind, in Zug wohnen bleiben können und die Lebensqualität geniessen dürfen. Dies erreichen wir mit fairen Steuern, Wohnraumvergünstigung und genügend Gelder für Schulen, öffentlichen Verkehr, Umweltschutz und Gesundheit. ■



Darstellung 1



Darstellung 2

# Sri Lankas ungesühnte Kriegsverbrechen

Josef Lang, Nationalrat Alternative - die Grünen Zug | Illustration diepresse.com

8 **Mit einem Vorstoss für eine unabhängige Untersuchung der Kriegsverbrechen in Sri Lanka, der 102 Unterschriften trägt, soll die Schweiz zugunsten der Menschenrechte in Sri Lanka Farbe bekennen.**

In der Neuen Zürcher Zeitung vom 12. August 2010 erschien ein gross aufgemachter Artikel mit dem Titel «Sri Lankas ungesühnte Kriegsverbrechen». Der Artikel schildert, wie die Regierung in Sri Lanka den eigenen Armeegeneral verhaften liess, weil er den Verteidigungsminister schwerer Kriegsverbrechen während der Schlussoffensive im Frühjahr 2009 bezichtigt hatte. Bei Letzterem handelt es sich um den Bruder von Präsident Rajapaksa, der Sri Lanka in eine Halbdiktatur verwandelt hat. Der Verteidigungsminister bedrohte darauf den General mit dem Tod, was diesen zum Schweigen brachte.

## Angriffe gegen UNO und IKRK

Als die UNO Ende Juni 2010, kurz nach Einreichung meines Vorstosses, einen Ausschuss zur Untersuchung der Kriegsverbrechen einsetzte, wurde dessen Mitgliedern die Einreise nach Sri Lanka verwehrt. Kurze Zeit darauf belagerte ein Minister mit Hunderten von singhalesischen Ultras das Gebäude der UNO-Entwicklungsorganisation UNDP in Colombo. Bereits vor einem Jahr hatten Anhänger der Zentralregierung das Gebäude des Roten Kreuzes (IKRK) angegriffen, weil dieses über sehr hohe Opferzahlen unter der tamilischen Zivilbevölkerung berichtet hatte. Radiosender, die über Menschenrechtsverletzungen berichten, werden gestürmt, Medienschaffende ermordet.

## Viele Unterschriften – viele Gespräche

Es kommt selten vor, dass Vorstösse von so vielen Ratsmitgliedern unterzeichnet werden. Dieser Sammelerfolg erklärt sich auch aus einem schlechten Gewissen gegenüber den tamilischen Opfern und ihren Angehörigen in der Schweiz. Die meisten

sind sich bewusst, dass die Gleichgültigkeit der meisten Regierungen gegenüber dem Schicksal der Tamilinnen und Tamilen sowie der singhalesischen Menschenrechtlern ein Skandal ist.

Die Sammlung der über 100 Unterschriften ermöglichte mir einen Einblick in die Situation der Tamilinnen und Tamilen in den anderen Kantonen. Interessant ist, dass kein einziger Nationalrat und keine einzige Nationalrätin von grösseren Problemen mit



der tamilischen Community zu berichten wusste. Und kein Gewerkschafter und keine Gewerkschafterin konnte über irgendeine besondere Massnahme gegenüber Tamilinnen und Tamilen an ihren 1.-Mai-Feiern erzählen. Niemand war der Meinung, eine solche wäre irgendwo in unserem Lande nötig.

Ein Ziel meines Vorstosses und der vielen Unterschriften ist es, die Solidarität mit den Opfern der Kriegsverbrechen und ihren Angehörigen in der Schweiz zu verstärken. Fruchtbare Gespräche führte ich dazu unter anderem mit der Winterthurer Sozialdemokratin Jacqueline Fehr und der Waadtländer SVP-Bäuerin Alice Glauser. ■

Ein Angehöriger der Armee bewacht ein Flüchtlingslager

## «Wider die Straflosigkeit in Sri Lanka»

Die Begründung der am 16. Juni 2010 eingereichten Interpellation Lang lautet folgendermassen: «Anfang 2009 verloren Tausende von Zivilpersonen, grossmehrheitlich Tamilinnen und Tamilen, in Sri Lanka ihr Leben oder wurden Opfer von schweren Verletzungen des Humanitären Völkerrechts oder der Menschenrechte. Diese Verbrechen wurden von Regierungstruppen, aber auch von Tamil Tigers verübt. Bis heute fand keine unabhängige Untersuchung statt und die Schuldigen wurden noch immer nicht zur Verantwortung gezogen. (...) Die Kriegsverbrechen und anderen Verletzungen des internationalen Rechts müssen Gegenstand einer eingehenden Untersuchung sein. Die mutmasslichen Täter sind vor einem unabhängigen Strafgericht zur Rechenschaft zu ziehen. Da die internationale Gemeinschaft nicht ausreichend reagiert, ist es umso wichtiger, dass sich die Schweiz gegen die Straflosigkeit in Sri Lanka engagiert.»

Neuste Enthüllungen von Channel 4 über von der Regierung angeordnete Kriegsverbrechen (18.05.2010):

[http://www.channel4.com/news/articles/politics/international\\_politics/sri+lanka+option/3652687](http://www.channel4.com/news/articles/politics/international_politics/sri+lanka+option/3652687)

AI-Petition an UNO für eine Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka (17.05.2010):

<http://www.amnesty.org/en/appeals-for-action/call-un-investigate-sri-lanka-rights-violations>



# Ein Bürgerlicher für die Aufhebung der Wehrpflicht

Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Universität Fribourg | Bild BULLETIN

Das BULLETIN dokumentiert mit diesem Text von Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger Auszüge\* aus seinem bürgerlichen Argumentarium zugunsten der Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht».

Die Armee XXI ist viel zu teuer. Trotz dem viel kleineren Truppenbestand ist die Zahl geleisteter Diensttage mit rund 6,4 Mio. genau so hoch wie in der alten Armee 95. Die Dienstlast wurde lediglich auf die Jungen verschoben und damit ihre Ausbildung und berufliche Entwicklung verschleppt. Die durch die Diensttage entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten belaufen sich auf rund 4 Mrd. Franken. Sie sind im heutigen Militärbudget von knapp 5 Mrd. Franken nicht enthalten.

## Nachteile für Wirtschaft

Die Wehrpflicht verursacht riesige volkswirtschaftliche Kosten. Solange die «Wehrgerechtigkeit» erhalten bleiben soll, kann die heute viel zu grosse Armee nur auf zwei Arten verkleinert werden: Erstens durch noch früheres Ausmustern bei gleicher persönlicher Dienstzeit. Dadurch wird zwar die Armee kleiner und schwächer, aber nicht billiger. Zweitens durch die Verkürzung der persönlichen Dienstzeit. Dadurch wird aber das für die wirtschaftliche und militärische Effizienz entscheidende Verhältnis von Dienstzeit nach der Grundausbildung relativ zur teuren Grundausbildung immer schlechter. Die Erfüllung der Wehrpflicht wird zunehmend ein schwer-

wiegender Nachteil auf dem Arbeitsmarkt. Die Schweizer Firmen, die zunehmend mit ausländischen Firmen im Wettbewerb stehen, können sich die Abwesenheit von Wehrpflichtigen immer weniger leisten.

## Armee als Kitt der Gesellschaft?

Gegen eine Freiwillige Miliz wird zuweilen argumentiert, die Wehrpflicht sei gesellschaftlicher Kitt und stärke die Staatsverbundenheit. Doch für diese Behauptung existiert kaum Evidenz. Oder behauptet jemand, die nicht-dienstpflichtigen Frauen und die aus medizinischen Gründen Untauglichen seien weniger sozial und staatsreu als die wehrdienstleistenden Männer? Gut belegt ist nur der gegenteilige Zusammenhang: Zwang ruft negative Reaktionen hervor.

## Freiwilligenmiliz besser als Berufsarmee

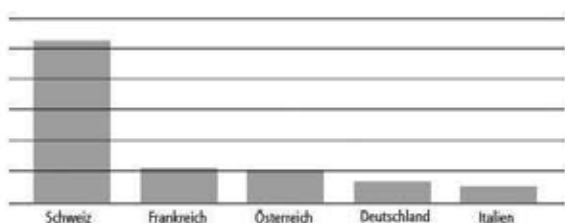
Eine Berufsarmee mit einem Bestand von 40'000 Mann hat Personalkosten von wenigstens 6 Mrd. Franken pro Jahr. Für 40'000 Berufssoldaten gibt es in der Schweiz keine sinnvolle militärische Beschäftigungsmöglichkeit. 40'000 Berufssoldaten wären gemessen an der Bevölkerung sehr viel, und nach ihrer Entlassung aus der Armee wäre ihre Integration ins normale

Wirtschaftsleben sehr schwierig. Eine allgemeine Dienstpflicht multipliziert die Nachteile der heutigen Wehrpflicht nur noch. Für die vielen Dienstpflichtigen bestehen nicht genügend sinnvolle Einsatzmöglichkeiten. Für qualifizierte Arbeiten können Dienstpflichtige nicht eingesetzt werden, weil die Ausbildungszeit die ganze Dienstzeit in Anspruch nehmen würde und viel zu teuer ist. Der Einsatz von Dienstpflichtigen für unqualifizierte Arbeiten ist volkswirtschaftlich völlig unsinnig, weil so ihre Wertschöpfung viel tiefer als im Zivilleben wäre. Zudem konkurriert der Einsatz von Dienstpflichtigen private und staatliche Unternehmen in unfairen und wettbewerbsverzerrender Weise.

\*Die «kurze Argumentensammlung» Eichenbergers kann bestellt werden bei [gsoa@gsoa.ch](mailto:gsoa@gsoa.ch). ■

Die grösste Armee: Anzahl Soldaten pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner

## ÜBERDIMENSIONIERTES MASSENHEER



## DESHALB: EINE ZUKUNFT OHNE WEHRPFLICHT

Die Schweizer Armee ist im Verhältnis zur Bevölkerung die weitaus grösste in Europa. Nur mit einer Aufhebung der Wehrpflicht kommen wir weg vom Massenheer. Mit der Volksinitiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“ kann niemand mehr zum Militärdienst gezwungen werden. Das in der Verfassung verankerte Milizprinzip verhindert eine Berufsarmee. Die Folge der Initiative ist eine stark verkleinerte Freiwilligenmiliz. Beim freiwilligen Zivildienst können auch Frauen mitmachen.

# Nein, Nein, Ja

Philippe Koch, Redaktion BULLETIN | Bild AVIG-Referendumskomitee

10

**Bis zur nächsten Ausgabe des BULLETINS stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über drei Vorlagen ab. Aus grün-alternativer Sicht ist der Fall klar: Die Revision der Arbeitslosenversicherung und die Ausschaffungsinitiative samt Gegenvorschlag sind abzulehnen. Ganz anders die Steuergerechtigkeitsinitiative, die ein Ja an der Urne verdient.**

## AVIG-Revision: Nicht auf dem Rücken der Jungen

Die Defizite der Arbeitslosenversicherung (ALV) sollen vor allem auf Kosten von jungen Arbeitnehmenden gedeckt werden. So sieht es die ALV-Revision vor, über die am 26. September abgestimmt wird – und dies, obwohl es genug andere Instrumente gäbe, die Schulden zu tilgen. Junge Berufstätige bis 30 werden bei Arbeitslosigkeit gezwungen, jeden Job anzunehmen – unabhängig von ihrer Ausbildung. Dies beeinträchtigt die Perspektiven der Jungen auf dem Arbeitsmarkt. Zudem sollen die Tagelöhner für die Jungen gekürzt und die Wartezeiten erhöht werden. Doch nicht nur die Solidarität zwischen den Generationen steht im Visier der AVIG-Revision, sondern auch die

zwischen den Regionen: So werden etwa regionale Stützmassnahmen bei hoher Arbeitslosigkeit (wie sie etwa im Juragürtel notwendig sind), abgeschafft. Die grün-alternative Antwort darauf kann nur kurz und knapp ausfallen: Nein!

## Nein zur Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten

Die Ausschaffungs-Initiative und der Gegenvorschlag bestrafen kriminelle Migrantinnen und Migranten in doppelter Weise. Die automatische Ausschaffung bei gewissen strafrechtlich relevanten Taten verstösst gegen Grundrechte und Grundprinzipien der Bundesverfassung. Sie widerspricht dem Sinn und Zweck eines Rechtsstaats, in welchem es eine zweifache Bestrafung für einen einzigen Verstoß nicht geben darf.

Eine bedingte Strafe, die eine automatische Wegweisung aus unserem Lande nach sich zieht, ist zudem keine bedingte Strafe mehr. Die Menschen glauben zu lassen, mit einem Ja zur Initiative oder zum Gegenvorschlag könne das (vermeintliche) Problem der Kriminalität in unserem Lande gelöst werden, ist unredlich und einer Demokratie nicht würdig. Ein doppeltes Nein am 28. November ist darum der einzig gangbare Weg.

## Für faire Steuern, jetzt!

Das heutige Steuersystem widerspricht nicht nur dem gesunden Menschenverstand, sondern, was noch viel schwerer wiegt, es liegt auch quer zum demokratischen Prinzip, wonach jede Person aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden soll. In einigen Kantonen wurden bereits degressive Elemente ins Steuerrecht eingebaut. Geht der Steuerwettbewerb unter den Kantonen mit gleicher Schärfe wie in den letzten Jahren weiter, werden bald weitere Kantone diesem zutiefst asozialen Beispiel folgen. Die Steuergerechtigkeits-Initiative will diese Entwicklung stoppen, indem die Verfassung mit klaren Richtlinien zur Besteuerung ergänzt wird. Faire Steuern sind das Ziel, und die Initiative ist der erste Schritt in diese Richtung, deshalb ein Ja am 28. November.

## An die Urnen

Die nächsten drei Abstimmungen betreffen den Kern links-grüner Politik. Die AVIG-Revision richtet sich gegen die Solidarität in der Gesellschaft und damit gegen das Fundament der Zusammengehörigkeit. Die neuste Ausschaffungsinitiative höhlt die Rechtsstaatlichkeit der Schweiz aus und führt zur noch stärkeren Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten. Darauf ist ein doppeltes Nein die einzige Antwort. Und schliesslich ist gerade in Zug ein gerechteres Steuersystem dringend notwendig. Darum einmal mehr: Jede Stimme zählt! ■



**Abzocker belohnen,  
Volk bestrafen?**

**NEIN** zum Abbau der  
Arbeitslosenversicherung

# Umverteilen!

Martin Stuber, Redaktor BULLETIN | Illustration BULLETIN

**Die neueste Ausgabe des Widerspruch widmet sich dem Thema Steuergerechtigkeit, welches auch in der Schweiz brisante Aktualität hat. Wir dokumentieren Teile des Editorials und gehen kurz auf zwei Artikel ein.**

«Im Konflikt um den Staatsvertrag mit den USA haben sich Mitte Juni der Schweizerische Bundesrat und die bürgerliche Parlamentsmehrheit für die «Loyalität» zu den Grossbanken entschieden – gegen die Linken und die Grünen, welche die Zustimmung zum Staatsvertrag mit einer Steuer auf Manager-Bonuszahlungen verknüpfen wollten. Damit hat die UBS, die jahrzehntelang in krimineller Weise Kunden beim Steuerbetrug behilflich war, einmal mehr Unterstützung von der Politik erhalten. Der Chef des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), Jean-Daniel Gerber, ist erleichtert: «Die Probleme sind entschärft. Wir haben unsere Vertrauenswürdigkeit bei den Amerikanern und anderen wichtigen Handelspartnern gesichert» (NZZ a.S. 20.6.10). (...)

## Graben zwischen links und rechts

Deutlicher denn je zeigt sich heute der tiefe Graben zwischen links und rechts in Sachen Steuern und öffentliche Finanzen. So hat die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat die von der SPS und den Grünen getragene Initiative «Für faire Steuern», die mit Mindeststeuersätzen für hohe Einkommen und Vermögensbesitzer die Exzesse des Steuerwettbewerbs bekämpfen soll, im Juni abgelehnt. Die Bürgerlichen verteidigten unter anderem mit Berufung auf die Steuerautonomie der Kantone und Gemeinden die Exzesse des Steuerwettbewerbs in der Schweiz; Finanzminister Hans-Rudolf Merz verstieg sich gar zur Aussage, Steuerwettbewerb führe zum «sparsamen Umgang mit Ressourcen». (...)

Damit erscheint eine Steuerharmonisierung zurzeit politisch chancenlos. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat eindringlich davor gewarnt; auch die neoliberalen Vordenker von Avenir Suisse sehen für die Schweiz im internationalen Steuer-

wettbewerb den enormen Standortvorteil, weiterhin steuerlich attraktiv zu bleiben. Nachdem in den letzten Jahren hohe Einkommen steuerlich entlastet, die Erbschaftssteuern abgeschafft und Steuern auf Dividenden halbiert wurden, läuft nun auch der ruinöse Steuersenkungswettbewerb ungehindert weiter. Davon profitieren Schwerreiche, Steuerflüchtlinge und internationale Konzerne; das Nachsehen haben die grosse Bevölkerungsmehrheit, kleinere und mittlere Einkommen sowie die KMU.

## Radikale Wende nötig

Steuergerechtigkeit und eine radikale Wende in der schweizerischen Steuerpolitik, mithin Verteilungsgerechtigkeit stehen auf der Tagesordnung. (...) Folgerichtig plant die Gewerkschaft Unia mit anderen Organisationen die Lancierung einer Volksinitiative zur Einführung einer Abzockersteuer. Wiederholte Bankenrettungen ohne jegliche staatliche Auflagen haben in den letzten Jahren breite Kreise von «Normalverdienenden», «SteuerbürgerInnen» und «KleinsparerInnen» verunsichert und provoziert. Und die von bürgerlicher Seite beschlossenen Sparpakete treffen vor allem Lohnabhängige, RentnerInnen, SozialhilfebezüglerInnen und Arbeitslose; die Streichung von Kindergeldern und Betreuungseinrichtungen, Leistungskürzungen in der Gesundheitsversorgung werden schrittweise umgesetzt. Die Sparmassnahmen werden budgetwirksam und treffen jene, die unbezahlte Versorgungs- und Betreuungsarbeit leisten, weit überproportional.

International suchen die von Krise, Spekulation und Stabilisierungsprogrammen stärker betroffenen Staaten nach Auswegen aus der Finanzklemme. Immerhin hat die von linken und globalisierungskritischen Kräften, auch von liberalen Ökonomen seit langem

geforderte Steuer auf internationalen Finanztransaktionen unverhofft neue Aktualität erhalten, so auch eine Bankenabgabe. Allen voran erwägen Deutschland, Frankreich und Grossbritannien – gegen den Widerstand der USA – solche Wege der Finanzbeschaffung, bei gleichzeitig harter Austeritätspolitik. Diese Strategien der Krisenbewältigung bringen allerdings schwächeren Ökonomien an der globalen Peripherie wenig. Seit vielen Jahrzehnten werden sie durch Steuervermeidungspraktiken der Multis, durch Steuerflucht der Eliten und durch Steueroasen wie die Schweiz ihrer dringend benötigten Ressourcen beraubt.» ■

11

Besonders zwei Artikel verdienen speziell Erwähnung. In seiner Studie zur Finanztransaktionssteuer liefert Peter Wahl (attac Deutschland) eine erhellende Analyse der Spekulation. Konkrete Vorschläge für eine radikale Wende in der schweizerischen Steuerpolitik liefert das «Denknetz Fachgruppe Steuerpolitik», in dem auch der Rotkreuzer Alternative Bruno Unternährer mitarbeitet. Einzelnummern oder Abo bestellen unter [www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch)



# Wer soll das bezahlen?

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative Grüne Fraktion Zug | Illustrationen VÖV und BULLETIN

**12** Im Hinblick auf die seit einigen Monaten bekannten Infrastruktur-Projekte von Bahn 2030 ist die Diskussion um die Finanzierung der schweizerischen Verkehrsinfrastruktur nun auch in einer etwas breiteren Öffentlichkeit in Gang gekommen. Der Verband öffentlicher Verkehr (VÖV) hat im März eine Broschüre\* veröffentlicht, welche Analysen und Vorschläge aus verschiedensten «Küchen» präsentiert. Im Fokus bei den meisten Beiträgen: die Finanzierung. Wir gehen auf einige Knackpunkte ein.

Zuallererst muss ein Missverständnis geklärt werden: Bahn 2030 heisst nicht so, weil darin Bahninfrastrukturprojekte in einem Paket zusammengefasst werden, die bis 2030 gebaut sein sollen. Im Gegenteil: Es wird zwar bisher nicht offen angesprochen vom Bundesamt für Verkehr, aber viele Projekte in Bahn 2030 werden 2030 erst im Bau oder noch gar nicht angefangen sein. Es ist ja leider so, dass nicht einmal alle Projekte von ZEB, welche das Parlament im Frühling beschlossen hat, finanziert sind. Inzwischen geht man von einem Start frühestens um 2015 aus. Und auf der zurzeit grössten Bahnbaustelle abgesehen von der NEAT – dem Durchmesserbahnhof in Zürich – wird nur gearbeitet, weil der Kanton Zürich den grössten Teil vorfinanziert.

## 1970 bis 1990

In seinem Artikel «Ausblick bedingt Rückblick»\* zieht der NZZ-Redaktor Paul Schneeberger Bilanz aus 40 Jahren Verkehrsausbau in der Schweiz. In die Zeitspanne von 1970 bis 1990 fällt der massive Ausbau des Nationalstrassennetzes, und Schneeberger rechnet vor, wie einseitig die staatliche Investitionstätigkeit zugunsten der Strasse ausfiel in dieser Periode: 1970 war das Verhältnis 5.4 zu 1 (Strasse 2 Milliarden gegenüber rund 370 Millionen für die Schiene). Damit einher ging wenig überraschend eine Verschiebung des modal splits (Anteile von motorisiertem Individualverkehr vs. öffentlichem Verkehr) hin zur Strasse.

## Wende um 1990

Zwischen 1990 und 2007 wendete sich das Blatt langsam, die Investiti-

onen in die Bahninfrastruktur machten Boden gut. Lag das Verhältnis bei den Investitionen 1990 noch bei 1.9 zu 1 zugunsten der Strasse, hatte es sich bis 2006 fast ausgeglichen (1.1 zu 1). In dieser Phase konnte die Bahn u.a. dank den vielen Verbesserungen rund um Bahn 2000 und der Einführung des Zürcher S-Bahn-Systems wieder 2 Prozentpunkte zurück gewinnen beim modal split. Dass Verkehrsinvestitionen schlussendlich auch auf das Mobilitätsverhalten durchschlagen, ist ja nichts Neues und lässt sich aufgrund der Entwicklung zwischen 1970 und 2007 eindrücklich nachweisen. Allerdings wird das Bild etwas verfälscht durch die Investitionen in die NEAT, welche bis heute ja keinen verkehrsmässigen Nutzen entwickeln konnte. Wäre das Geld für die NEAT in andere Bahnprojekte geflossen, die schon länger der Realisierung harren, hätte sich der modal split stärker zugunsten der Schiene verschoben.

SFSV = Spezialfinanzierung Strassenbau (Quelle: Referat von Ständerat Peter Bieri an der VCS-GV vom 8.4.2010)

## Verkehr wächst schneller als Bevölkerung...

Die Zahlen zeigen aber auch, dass in diesen 40 Jahren der Verkehr wesentlich stärker gewachsen ist als die Bevölkerung. Die Zahlen zeigen, dass zwischen 1970 und 1990 die Bevölkerung um 9 % gewachsen ist, die Mobilität gerechnet in Personenkilometern aber um 63.8%. Zwischen 1990 und 2007 war das Verkehrswachstum noch doppelt so hoch wie das Bevölkerungswachstum (25% und 12%). Es braucht eigentlich nicht viel Phantasie, um zum Schluss zu kommen, dass dies nicht länger so weitergehen kann.

## ...wie lange noch?

Hans-Kaspar Schiesser rechnet als Vision in seinem Artikel\* vor, wie sich die Verkehrsleistungen entwickeln könnten, wenn der durchschnittliche Verkehrskonsum pro Kopf (ohne Flugverkehr!) auf den Stand des Jahres 2000 konsolidiert werden könnte. Die 14'250 Personenkilometer pro Jahr (pkm) teilten sich damals so auf: 11'800 pkm Strasse und 2450 pkm öV. Die untenstehende gezeigte Tabelle basiert auf dem SBB-Szenario «realistisch», welches ein Wachstum der Schienenleistung von 58% bis 2030 prognostiziert. Das Wachstum rührt alleine vom angenommenen Anstieg der Bevölkerung von 7.8 auf 8.5 Mio. Ein solches Szenario wäre gemäss Schiesser finanzierbar mit einer Verwendung des Pendlerabzuges bei den Steuern (Bund 500-600 Mio jährlich, Kantone 1.0 – 1.2 Mia.) für Investiti-

Verkehrsart	2000 in pkm	2007 in pkm	2030 in pkm
Privater Strassenverkehr	85,1 Mia.	93,3 Mia.	84,7 Mia.
Öffentlicher Verkehr	17,6 Mia.	23,3 Mia.	36,3 Mia.
davon Schiene	14,4 Mia.	19,8 Mia.	31,3 Mia.
davon Strasse	3,2 Mia.	3,5 Mia.	5,0 Mia.
Veloverkehr	2,3 Mia.	2,0 Mia.	6,0 Mia.
Fussverkehr	4,2 Mia.	5,3 Mia.	8,0 Mia.
<b>Total motorisierter Landverkehr</b>	<b>102,7 Mia.</b>	<b>116,6 Mia.</b>	<b>121,0 Mia.</b>
Total Landverkehr	109,2 Mia.	123,9 Mia.	135,0 Mia.

Zahlen; Litra, VÖV. Die Daten zum Langsamverkehr sind auch 2007 immer noch sehr unsicher. Vor allem ist der Anstieg beim Fussverkehr im Vergleich zum Rückgang beim Veloverkehr zwischen 2000 und 2007 nicht plausibel. Wir haben für den Veloverkehr aufgrund der oben referierten Trends zwischen 2000 und 2030 eine Verdreifachung, beim Fussverkehr eine Verdoppelung angenommen.



Aus «Mobilitätsszenarien für die Schweiz 2030 / Visionen - Chancen - Finanzierung», Seite 42

onen und durchschnittlichen jährlichen öV-Fahrpreiserhöhungen von 2%. Der Pferdefuss hier: Schiesser würde die Mehreinnahmen gleichmässig auf Strasse und öV verteilen, was bedeuten würde, dass die Strasse immer noch mehr Mittel erhielte.

### Strassenfinanzierung begrenzt

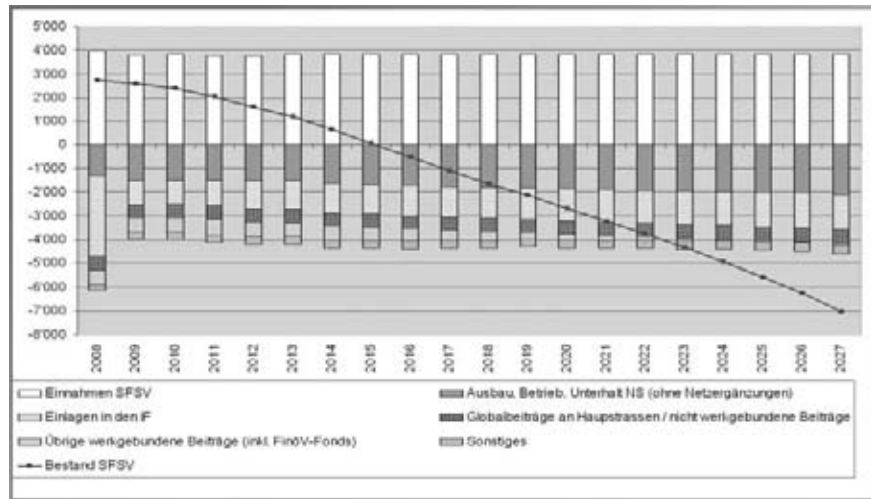
Indirekte Schützenhilfe bekommt Schiesser von der NZZ vom 7. August. Die NZZ warnt: Ab 2015 rutscht die Spezialfinanzierung des Strassenverkehrs (SFSV) in die roten Zahlen (vgl. Grafik). Dabei geht der Bund bei seiner Berechnung auch gemäss NZZ von zwei unwahrscheinlichen Annahmen aus: dass die Einnahmen aus der Mineralölsteuer stabil bleiben und dass der Beitrag an den FinöV-Fonds schrittweise wegfällt. Die SFSV wird schneller und tiefer in die roten Zahlen kommen. Der weitere Ausbau der Nationalstrassen wird bald nicht mehr finanzierbar sein.

### Paradigmenwechsel steht bevor

Fazit: Die Schweiz wird sich den gleichzeitigen massiven Ausbau von Strasse und Schiene nicht mehr länger leisten können. Dazu gehören die Investitionen des Bundes und der Kantone. Prioritäten sind unabdingbar, und wo diese liegen müssen angesichts von Peakoil, Klimawandel und begrenztem Raum, ist klar: Vorfahrt für den wesentlich energieeffizienteren und platzsparenden öV und Langsamverkehr.

### Marktgläubige

Das Zauberwort glaubt Wirtschaftsprofessor Eichenberger gefunden zu haben: Mobility Pricing für den Privatverkehr, das alle externen Kosten internalisiert und über Gebühren auf den Verkehrskonsumenten abwälzt. Damit verbunden wäre die Streichung der Subventionen für den öV und freier Wettbewerb zwischen den beiden Verkehrssystemen. Die Grundannahme der neoliberalen Ökonomen, dass sich im Preis immer



alle Kosten widerspiegeln ist aber falsch. Ein Beispiel: Die Endlichkeit des Erdöls hat heute keinen Preis. Niemand weiss, wie sich der Preis des Erdöls entwickeln wird. Wie sollen langfristige Investitionen (Schienen werden für 100 Jahre und mehr gelegt!!!) u.a. auf den Preis dieses Rohstoffes abgestützt werden? Von der Struktur der Energiepreise hängt aber ab, welche Investitionen in welches Verkehrssystem sich in Zukunft rechnen werden. Es ist weder sinnvoll noch möglich, alles über den Preis zu regeln. Es braucht eine bewusste und demokratisch legitimierte direkte Lenkung der Investitionen.

### Irrationales Verhalten

Die Marktgläubigkeit basiert auf der Annahme, dass sich die einzelnen Wirtschaftssubjekte rational verhalten. Genau im Verkehrsbereich ist dies überhaupt nicht der Fall. Ein Blick auf die Autowerbung in Zeitungen und Magazinen zeigt das deutlich und die derzeitige Entwicklung im Autobau ebenfalls. Die Übermotorisierung wird immer grotesker (20 PS pro Sitzplatz pro Auto in einem Land mit Geschwindigkeitsbeschränkungen von 50, 80, 100 und 120 genügen vollauf), schlecht allozierte Investitionen türmen sich auf in einem Wagenpark, der nur noch

sehr entfernt etwas mit rationaler (und rationeller) Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen zu tun hat.

\* «Mobilitätsszenarien für die Schweiz 2030 / Visionen - Chancen - Finanzierung» Download: [www.voev.ch/09\\_Mobilitatsszenarien\\_fur\\_die\\_Schweiz\\_2030.html](http://www.voev.ch/09_Mobilitatsszenarien_fur_die_Schweiz_2030.html) ■

### Beispiel Axen

Ein schönes Beispiel für den Unsinn der dualen Luxus-Verkehrspolitik des Bundes ist der Axen. Bis 2007 wurde trotz Verlegung der Gotthardachse in den Seelisberg über 500 Mio. in die Axenstrasse gebuttert. Die bergseitige Axen-Bahnstrecke wurde letztes Jahr für 30 Mio saniert. Die Zentralschweizer Regierungskonferenz fordert nun im Rahmen von Bahn 2030 einen neuen Axen-Bahntunnel, dessen Kosten im Bereich von 2 Mrd. Franken liegen dürften. Und nun wurde bekannt, dass der Bund definitiv über 1 Mrd. Franken in den Ausbau der Axenstrasse stecken will – gegen die Opposition des Kantons Schwyz notabene!



# Wählen einfach gemacht

Martin Stuber, Redaktor BULLETIN | Illustration BULLETIN

## 14 Es ist einfacher, als frau/mann denkt. Hier die Regeln für einfaches Wählen am 3. Oktober 2010.

Die zwei zentralen Grundregeln sind einfach:

- Für die Sitzverteilung zählt nur die Anzahl der Parteistimmen. Diese setzen sich zusammen aus den Stimmen für die Personen (1 Personenstimme = 1 Parteistimme) und aus der Anzahl leeren Linien auf der eingeworfenen Liste (1 leere Linie = 1 Parteistimme).
- Für die Besetzung der errungenen Sitze innerhalb der Liste zählen wie bisher die Personenstimmen.

Wie diese Grundregeln in der Praxis spielen, soll an einigen konkreten Beispielen erläutert werden. Alle manuellen Änderungen sind kursiv geschrieben und hellgrau hinterlegt.

**Beispiel 1:**

Listentitel Partei X
Kandidatin A
Kandidatin A
Kandidat B
Kandidat B
Kandidatin C
Kandidat D
leer

Diese Liste ist unverändert. Partei X erhält 7 Parteistimmen, die leere Linie zählt auch als Parteistimme! Die KandidatInnen A und B bekommen je zwei persönliche Stimmen die anderen beiden je eine persönliche Stimme. Falls Partei X zwei Sitze macht, erhalten die KandidatInnen A und B die Sitze.

**Beispiel 2:**

Listentitel Partei X
Kandidatin A
Kandidatin A
Kandidat B
<del>Kandidat B</del>
<del>Kandidatin C</del>
<del>Kandidat D</del>
leer

Partei X erhält immer noch 7 Parteistimmen, gestrichene Namen zählen als leere Linien und geben eine Parteistimme – aber nur solange sie nicht durch das Schreiben von anderen Personen wieder gefüllt werden (siehe Beispiel 4). Es werden aber nur 3 Personenstimmen vergeben. Kandidatin A hat die Nase vorn mit 2 persönlichen Stimmen.

**Beispiel 3:**

Listentitel Partei X
Kandidatin A
Kandidatin A
Kandidat B
<del>Kandidat B</del>
<del>Kandidatin C</del>
Kandidat D
<del>Kandidat D</del>

Mit dieser Liste werden 7 Parteistimmen und 5 persönliche Stimmen vergeben. Die gestrichenen KandidatInnen zählen als leere Linie. KandidatInnen A und D wären gewählt, weil Kandidat D kumuliert worden ist und Kandidat B einmal gestrichen wurde.

**Beispiel 4:**

Listentitel Partei X
Kandidatin A
Kandidatin A
Kandidat B
<del>Kandidat B</del>
<del>Kandidatin C</del>
<del>Kandidat D</del>
<i>Kandidat C von Partei Y</i>
<i>Kandidat A von Partei Z</i>

In diesem Beispiel erhält die Partei X nur noch 5 Parteistimmen, die Parteien Y und Z je eine Parteistimme, weil zwei Personen anderer Listen hinzu panaschiert worden sind. Kandidatin A hat immer noch die Nase vorn, bei den Parteien Y und Z erhalten die KandidatInnen C und A je eine persönliche Stimme.

**Beispiel 5:**

Listentitel leer (kein Listentitel)
<i>Kandidatin A von Partei X</i>
<i>Kandidatin A von Partei X</i>
<i>Kandidat B von Partei X</i>
<i>Kandidat C von Partei Y</i>
<i>Kandidatin A von Partei Z</i>
leer
leer

Partei X erhält 3 Parteistimmen, die Parteien Y und Z je eine Parteistimme, die beiden leeren Linien ergeben keine Parteistimmen, weil hier eine Liste ohne Listentitel genommen wurde. ■

**Hier die wichtigsten Punkte nochmals zusammengefasst:**

- Eine KandidatIn darf maximal 2-mal geschrieben werden (kumulieren).
- Leere Linien auf einer Parteiliste zählen als Parteistimme und sind relevant für die Anzahl Sitze, welche die Partei macht.
- Streichen von KandidatInnen schwächt die Stimmkraft der Liste nicht, wenn keine KandidatInnen anderer Listen den durchs Streichen freien Platz einnehmen.
- Panaschieren von KandidatInnen anderer Parteilisten schwächt die «Partei». Wenn frau/mann KandidatInnen anderer Listen auf die eigene Liste schreibt, riskiert frau/mann die Nichtwahl der eigenen KandidatInnen. ■

# Aus dem Vollen schöpfen

Monika Hirt, Leiterin Wahlausschuss Alternative – die Grünen Zug  
Bild Alternative – die Grünen Zug

**Die Gerechtigkeit wählt uns – wir wählen Gerechtigkeit! Die Natur wählt uns – wir wählen die Natur! Die Zukunft wählt uns – wir wählen die Zukunft! Mit diesen pointierten und überzeugenden Botschaften treten wir zur Wahl an.**



Kaum waren die Sommerferien vorbei, hat die Wahlkampagne der Alternativen – die Grünen gestartet. Mit pointierten und überzeugenden Botschaften treten sie zur Wahl an.

Seid ihr ihnen schon begegnet? Im Kino? Habt ihr sie bemerkt auf Plakaten und in Zeitungsinseraten? In unserer Vorkampagne vor den Sommerferien haben wir auf Werbehussen (siehe letztes BULLETIN) und in Zeitungsinseraten unsere Themen selbstbewusst positioniert. Seit den Sommerferien läuft die Zwischenkampagne, welche die Themen in Zeitungsinseraten, Karten in alle Haushaltungen und auf Plakaten konkretisiert.

## Ab jetzt die Kandidierenden...

Ab Anfang September setzen wir dann alles auf unsere Kandidierenden. Die Wahlbüchlein, die Plakate und die persönlichen Karten sind gedruckt, die Wahlbeilagen der Zeitungen beliefert. Allen voran stehen unsere bisherige Regierungsrätin/unsere bisherige Regierungsrat. Die Verhandlungen mit der SP führten zur gemeinsamen Liste. Ein Erfolg, weil so die SVP einen zweiten Sitz nicht auf dem Silbertablett präsentiert bekommt. Aber – wie bekannt – auch mit grossen Zuge-

ständnissen bei der Listenplatzierung. Dennoch: Mit ihrem Leistungsausweis und ihrer Kompetenz sind die Wahlchancen von Manuela Weichelt und Patrick Cotti mehr als intakt.

## Volle Listen

Die Alternative – die Grünen treten mit 65 Kandidierenden für 73 Ämter an: 2 für Regierungsrat, 1 für Stadtrat, 37 für Kantonsrat, 13 für Gemeinderat und 20 für den Grossen Gemeinderat. (Einige lassen sich für 2 Ämter aufstellen.) Wir sind stolz, dass wir praktisch alle unsere Listenplätze füllen konnten. Das ist ein starkes Zeichen für unsere Anliegen. Das grosse Engagement der Jungen Alternativen in den letzten Monaten machte sich bemerkbar. Wir haben eine ansehnliche Zahl Junger auf unseren Listen. In der Presse war zu lesen, dass der Frauenanteil bei diesen Wahlen bescheiden ausfällt. Nicht bei uns: Wir haben einen Frauenanteil von 48 Prozent – also praktisch die Hälfte.

## Nicht überall mit der SP

Die Anzahl Kandidierender ist umso beachtlicher, da in einigen Gemeinden wider Erwarten keine gemeinsamen Listen mit der SP zustande kamen. In Steinhausen konnten wir kurzfristig eine ganze Gemeinderatsliste füllen, und auch in Baar war die Kantonsratsliste schnell mit eigenen Kandidierenden voll. In Menzingen haben wir 3 Erfolg versprechende Kandidierende gefunden. Auffallend ist unsere Präsenz auf den Listen für die gemeindlichen Exekutiven. In Zug, Baar, Cham, Risch, Oberägeri, Steinhausen treten wir überall mit starken Leuten auf. Einziger Wermutstropfen ist die Situation in Unterägeri. Mit grossem Engagement und Effort wurde eine grüne Gruppierung gegründet und zwei Kantonsratskandidierende gefunden. Nachdem sich die SP geweigert hatte, eine gemeinsame linke Liste zu bilden, mussten die Chancen abgewogen werden. Zugunsten der Linken und wegen der Gefahr der Stimmensplittierung haben unsere Kandidierenden schlussendlich verzichtet – ein strategisch richtiger, aber schmerzhafter Schritt, der umso bitterer ist, weil die SP Unterägeri es offensichtlich vorzieht, mit einer nicht gefüllten und nur mit Männern besetzten Liste aufzutreten. ■

## Sponsoringevent

Am 11. September findet unterhalb des Regierungsgebäudes unser grosses Sponsoringevent statt. Unsere Laufenden, Skatenden und Pedalo-Fahrenden geben wieder alles, um in möglichst vielen Runden möglichst viele Franken herauszuschwitzen. Natürlich haben wir auch wieder eine Festwirtschaft und ein unterhaltendes Rahmenprogramm (u.a. mit den Strozzenis zwischen 20 und 22 Uhr). Bringt also alle eure Leute und vor allem eure Portemonnaies mit!

Wir drücken allen unseren Kandidaten und Kandidatinnen die Daumen! Am Wahlsonntag, am 3. Oktober, kommen wir ab spätem Nachmittag im Siehbachsaal zusammen.

# Wählen mit Köpfchen

Redaktion BULLETIN

16 Am 3. Oktober 2010 wird gewählt und gezählt. Dann werden in den Gemeinden die Regierungen und die Parlamente für die nächsten vier Jahre bestellt. Ebenso die Kantonsregierung. Die Alternativen – die Grünen treten mit 65 Personen an (einige kandidieren doppelt), auch der Frauenanteil ist erfreulich, wie die Co-Präsidentin Barbara Beck-Iselin im Editorial (Seite 3) betont. Im Folgenden präsentieren wir alle Köpfe und rufen dazu auf mit Köpfchen zu wählen.

## Regierungsrat



**Manuela Weichelt-Picard**  
1967  
Regierungsrat  
bisher



**Patrick Cotti**  
1962  
Regierungsrat  
bisher

## Menzingen



**Barbara Beck-Iselin**  
1954  
Kantonsrat  
neu



**Karl Etter**  
1943  
Kantonsrat  
neu



**Daniel Stünzi**  
1973  
Kantonsrat  
neu



## Risch Rotkreuz

17



**Hanni  
Schriber-Neiger**  
1959  
Kantonsrat  
bisher



**Stefan Betschart**  
1972  
Gemeinderat  
neu



**Barbara  
de Silva-Rebmann**  
1969  
Kantonsrat  
neu



**Esther  
Gödl-Galliker**  
1957  
Kantonsrat  
neu



**Daniel Janser**  
1977  
Kantonsrat  
neu



**Marianne  
Schmid**  
1969  
Gemeinderat  
neu

## Cham



**Charles Meyer**  
1953  
Gemeinderat  
bisher



**Jeanette (Sha)  
Ackermann**  
1958  
Gemeinderat  
neu



**Roman Ambühl**  
1971  
Gemeinderat  
neu



**Esther Haas**  
1956  
Kantonsrat  
neu



**Tanja-Natalie  
Knecht**  
1986  
Kantonsrat  
neu



**Marco Knobel**  
1987  
Kantonsrat  
neu



**Claudio Meisser**  
1945  
Kantonsrat  
neu



**Stefan Rickli**  
1971  
Kantonsrat  
neu

# Zug



**Astrid Estermann**  
1970  
GGR  
bisher



**Susanne Giger**  
1960  
GGR  
bisher



**Stefan Gisler**  
1968  
Kantonsrat/  
Stadtrat  
bisher/neu



**Stefan Hodel-Bossi**  
1957  
GGR  
bisher



**Urs E. Meier**  
1945  
GGR  
bisher



**Rupan Sivaganesan**  
1981  
Kantonsrat/GGR  
bisher



**Martin Stuber Wyttenbach**  
1957  
Kantonsrat  
bisher



**Alex Baumgartner**  
1966  
GGR  
neu



**Pascal Bruggisser**  
1963  
Kantonsrat  
neu



**Martin Bucher**  
1962  
Kantonsrat/GGR  
neu



**Natalie Chiodi**  
1968  
GGR  
neu



**Annemarie Csomor**  
1941  
GGR  
neu



**Thomas Ehrensperger**  
1961  
Kantonsrat  
neu



**Paula Gisler**  
1955  
GGR  
neu



**Urs Kern**  
1955  
Kantonsrat  
neu



**Philipp Kissling**  
1966  
Kantonsrat/GGR  
neu



**Susanne Koch**  
1962  
GGR  
neu



**Brigitte Landolt**  
1948  
Kantonsrat/GGR  
neu

## Zug



**Larissa Müller**  
1984  
GGR  
neu



**Jolanda  
Spiess-Hegglin**  
1980  
Kantonsrat  
neu



**Alice  
Stäuble Kern**  
1957  
GGR  
neu

19



**Heinz Wäspi**  
1967  
GGR  
neu



**Arlene  
Wyttenbach**  
1957  
GGR  
neu



**Regula  
Zach Masson**  
1946  
GGR  
neu



**Salomé  
Zehnder**  
1983  
GGR  
neu



**Katja  
Zuniga-Togni**  
1958  
GGR  
neu

## Oberägeri



**Philipp Röllin**  
1955  
Kantonsrat  
bisher



**Paul Iten**  
1954  
Gemeinderat  
neu



**Andreas Kuhn**  
1963  
Gemeinderat  
neu



**Astrid Nägeli**  
1959  
Kantonsrat  
neu

## Steinhausen



**Andreas  
Hürlimann**  
1982  
**Kantonsrat/  
Gemeinderat**  
bisher/neu



**Anastas  
Odermatt**  
1985  
**Gemeinderat**  
neu



**Levin Schmid**  
1990  
**Kantonsrat**  
neu



**Edith Seger  
Niederhauser**  
1964  
**Kantonsrat**  
neu



**René Windlin**  
1958  
**Gemeinderat**  
neu

## Baar



**Anna  
Lustenberger**  
1954  
**Kantonsrat**  
bisher



**Markus Geel**  
1952  
**Kantonsrat**  
neu



**André Guntern**  
1961  
**Kantonsrat**  
neu



**Susanne  
Köhler Boual**  
1965  
**Kantonsrat**  
neu



**Andreas  
Lustenberger**  
1986  
**Kantonsrat**  
neu



**Eduard Schaller**  
1944  
**Kantonsrat**  
neu



**Michel Schaller**  
1957  
**Kantonsrat**  
neu



**Martin Staub**  
1943  
**Kantonsrat**  
neu



**Elena Tafur König**  
1960  
**Kantonsrat/  
Gemeinderat**  
neu



**Roger Tanner**  
1964  
**Kantonsrat**  
neu



**Berty Zeiter**  
1956  
**Gemeinderat**  
neu

# Wir kandidieren!

Jonas Feldmann, Redaktion BULLETIN | Bilder Marco Knobel

Mittlerweile ist es etwa neun Monate her, seit die Junge Alternative gegründet wurde. In diesen neun Monaten ist viel passiert, es wurde viel gearbeitet, geschrieben, diskutiert und nachgedacht. Aus einer kleinen Gruppe gleichgesinnter Jugendlicher ist in dieser Zeit eine politische Jugendorganisation, eine einflussreiche und aktive Partei entstanden.

21

Nun stehen die Wahlen vor der Tür. Und wer hätte an der Gründungsversammlung vor neun Monaten gedacht, dass im nächsten Herbst gleich fünf junge Alternative auf vier verschiedenen Listen kandidieren würden? Nun ja, ich will nicht sagen, dass wir nicht schon damals darüber nachgedacht hätten. Ich weiss noch ganz genau, wie die Reporterin der Neuen Zuger Zeitung uns schon damals fragte, ob vielleicht jemand von uns auch schon bei den nächsten Wahlen kandidieren würde. Und ich weiss auch noch ganz genau, wie unsere Antwort lautete: «Darüber haben wir uns eigentlich noch keine Gedanken gemacht, aber nichts ist unmöglich! Ob wir aber überhaupt eine geeignete Kandidatin oder einen geeigneten Kandidaten finden, sehen wir dann in einem halben Jahr.» Nun ist die Probezeit abgelaufen und wir haben nicht nur jemanden, sondern gleich fünf geeignete Kandidierende gefunden: Marco Knobel und Tanja-Natalie Knecht (beide Cham), Levin Schmid (Steinhausen), Salomé Zehnder (Zug) und Andreas Lustenberger (Baar). Wahlkampf werden wir übrigens auch noch machen: Wir verteilen grüne Kondome mit der Aufschrift «Grün ist geil!», gestaltet von Marco Knobel. ■



Marco Knobel, Salomé Zehnder und Levin Schmid, alle drei Gründungs- und Vorstandsmitglieder der Jungen Alternative Zug, stellen sich zur Wahl



Das etwas andere «Giveaway»



# Der rechtsbürgerliche Lokal-egoismus hat keine Zukunft

Grünspecht – ein kritischer Vogel

22

**Die heisse Wahlzeit hat begonnen, die Profilierung der einzelnen Parteien ist in vollem Gange. Und eines fällt auf – die bürgerlichen Parteien setzen offenbar auf ein einziges Thema, den Lokalpatriotismus. Wir in Zug haben es schon immer richtig gemacht, und so soll es auch weitergehen.**

Spitzenreiter in Sachen Lokalegoismus und Zuger Nabelschau ist die FDP. Ihr Kampf gegen den Neuen Finanzausgleich (NFA) nimmt schon fast skurrile Züge an. Da verkündet ihr kantonaler Präsident per Leserbrief und Internet, er sei wütend. Er tobt wegen 188 Franken pro Kopf, welche der Kanton in diesem Jahr mehr in den NFA bezahlen muss. Statt 2'042 Franken sind es dieses Jahr neu 2'230 Franken. Bei gut hunderttausend Einwohnern sind das etwa 20 Millionen Franken. Ein Klacks im Verhältnis zu den Millionen, welche die FDP und die anderen bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren jeweils als Steuergeschenk an die Reichen und Superreichen verteilt haben.

Der FDP-Präsident tobt nicht wegen der permanent steigenden Wohnkosten, welche das Leben für viele Zugerinnen und Zuger in diesem Kanton immer schwieriger machen. Er tobt nicht wegen der ständig steigenden Prämien für die Krankenkassen, welche Familien mit kleinen und mittleren Einkommen schwer belasten. Er tobt wegen der Mehrbelastung durch den Neuen Finanzausgleich: «Wir Zuger werden masslos geschröpft. Die Schmerzgrenze wurde längst überschritten!» Da kann der Grünspecht nur sein gefiedertes Haupt schütteln: Selten hat eine Partei die wahren Probleme der Menschen im Kanton Zug derart missachtet und sich zum Sprachrohr des Lokalegoismus gemacht.

## Ade Eidgenossenschaft

Offenbar wird bei den Zuger Bürgerlichen darüber nachgedacht, nur noch 2'000 Franken pro Kopf zu bezahlen. Also quasi ein NFA-Teilboykott. Der SVP-Präsident fragt sich in der Neu-

en Zuger Zeitung vom 28. Juli sogar ernsthaft, «was Zug von der Schweiz überhaupt noch profitiere». Die Eidgenossenschaft als Zweckbündnis für Profiteure? Unsere Ahnen – jene von 1291 und jene liberalen Kräfte von 1848, welche den heutigen Bundesstaat aus der Taufe hoben – würden sich im Grabe umdrehen. Was ihre rechtsbürgerlichen Nachkommen da als Gedankenspiel in den Raum stellen, ist letztlich die Zerstörung des Miteinanders zum Wohle aller.

Soll die SVP doch eine Initiative zum Austritt des Kantons Zug aus der Eidgenossenschaft lancieren. Das wäre immerhin die ehrliche Konsequenz ihres lokalegoistischen Profitdenkens. Zusammen mit Monaco und dem Fürstentum Liechtenstein gäbe das eine wunderbare Kooperation, eine Art EU der europäischen Steuerparadiese, frei nach Karl Marx: «Steueroasen der ganzen Welt, vereinigt euch.» Nachdem Monaco und Liechtenstein ja schon von Fürsten regiert werden, bräuchte auch der Kanton Zug einen Fürsten als Oberhaupt. Nur müssten wir dann nicht mehr Wahlen veranstalten, Fürstentitel werden bekanntlich vererbt.

Unter dem Titel Vorteil-Zug kämpft die CVP um Wählerstimmen. Auch die christliche Partei macht da mit beim NFA-Bashing. In der Monatsumfrage lautet die tendenziöse Fragestellung «Jetzt reicht's! Die Belastung ist unerträglich hoch und gefährdet die Finanzlage unseres Kantons.» Kein Wunder befürworten 71 Prozent der Befragten diese Aussage (Stichdatum 12. August). Der Grünspecht fragt: Steht es um die Finanzlage unseres Kantons wirklich derart schlecht, dass der NFA alles ins Wanken bringt? Warum haben CVP, FDP und SVP denn permanent Steuersen-



kungen für die Reichen beschlossen, wenn der Ruin vor der Türe stehen soll?

## Blick in die Welt

Die lokale Nabelschau der drei rechtsbürgerlichen Parteien mag kurzfristig sogar noch Stimmen bringen. Langfristig ist damit aber keine Zukunft zu gestalten. Die Welt ist heute zu verflochten miteinander. Beschlüsse an einem Ort der Welt haben Auswirkungen an einem ganz anderen Ort der Welt. Ein gutes Beispiel für die Verflechtung unseres Kantons hat kürzlich Redaktor Luc Müller (Neue Zuger Zeitung vom 31. Juli) beschrieben: In Tadschikistan malochen 13'000 Arbeiter zu einem Monatslohn von 300 Franken im grossen staatlichen Aluminiumwerk. Die Gewinne werden zum überwiegenden Teil auf zwei Kleinstfirmen im Kanton Zug verschoben. Millionen des tadschikischen Volksvermögens liegen auf Konten im Kanton Zug. Oder wie steht es mit der Verantwortung der Plattformbetreiberin Transocean mit Sitz in Zug für die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko?

Der Grünspecht ist überzeugt – Zug braucht eine starke Partei, welche den Finger immer wieder auf den wunden Punkt des Zuger Finanzwunders legt. Zug braucht eine starke Partei, welche der Solidarität und nicht dem Egoismus verpflichtet ist. ■

# Religion oder Kultur?

Philippe Koch, Redaktion BULLETIN | Bild zisch.ch

**Der St.Galler Erziehungsrat hat im August der Islam-Debatte in der Schweiz eine neue Wendung gegeben. Mit einem Rundschreiben empfiehlt der Rat den Gemeinden, ein Kopfbedeckungsverbot in den Schulen rechtlich zu verankern. Dies mit dem Argument, das Tragen eines Kopftuchs sei kein religiöses, sondern ein kulturelles Symbol. Damit bleibe die Religionsfreiheit gewahrt. Und was ist mit der kulturellen Identität?**

## Islam: Religion oder Kultur?

Der französische Politikwissenschaftler, Olivier Roy, hat in einem sehr scharfsinnigen Buch\* die Beziehung zwischen Religion und Kultur analysiert. Er zeigt dabei auf, dass die religiöse Zugehörigkeit immer auch die kulturelle Identität der Menschen prägt. Islam oder Christ zu sein, heisst eben nicht nur, einen bestimmten Glauben zu praktizieren, bestimmte Rituale zu verfolgen und sich einer Gemeinschaft des Glaubens zugehörig zu fühlen. Vielmehr formen das Christentum, der Islam, aber auch alle anderen Weltreligionen kulturelle Praktiken und Identitäten. Gerade der «Glaube ohne Kultur ist eine Erscheinungsform dessen, was wir Fanatismus nennen». Die Religionen stiften für viele Menschen Lebens- und Gemeinnsinn. Sie sind für viele Menschen mehr als dieser Glaubenswunsch, der in den ach so aufgeklärten Gesellschaften Europas auf Skepsis stösst. Das Tragen eines bestimmten Kopftuchs ist somit Zeichen sowohl religiöser als auch kultureller Identität.

## Der Wunsch nach Anpassung...

Das Kopftuchverbot in der Schule wird politisch von denjenigen Parteien und Menschen unterstützt, die seit jeher das Hohelied der Anpassung, der Assimilation gesungen haben. Nicht überraschend wird der Erziehungsrat St.Gallen von Stefan Kölliker, Regierungsrat der SVP, präsiert. Hinter dem Verbot und seiner Begründung steckt der Traum einer homogenen Gesellschaft, die sich an einer und nur an einer Leitkultur ausrichtet. Das Verbot ist somit, gerade weil es kulturell begründet wird, ausgrenzend und überheblich. Es wäre,

wie Farhad Afshar, Präsident der Koordination Islamischer Organisationen, überzeugend darlegt, erst dann akzeptabel, wenn alle Schülerinnen und Schüler Uniformen tragen müssten. Wenn also aus den Schulen alle offensichtlichen Symbole sozialer und kultureller Zugehörigkeit verbannt würden.

## ...oder Emanzipation

Das Kopftuchverbot wird aber auch im Namen der Freiheit gutgeheissen. Freiheit? Saïda Keller-Messahli, Präsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam, plädiert für ein Kopftuchverbot in Schulen, um die Kinder von den Zwängen ihrer Eltern zu befreien. Für sie ist klar: Die Kinder tragen das Kopftuch nicht freiwillig, sondern werden von den Eltern dazu gezwungen. Um die Freiheit der Kinder zu garantieren, solle dement-

sprechend der Staat das Kopftuchtragen verbieten. Was ist aber mit der Freiheit derjenigen, die ein Kopftuch tragen wollen? Wie kann ein Staatswesen die Freiheit der Menschen besser befördern? Indem er gewisse religiöse, kulturelle Praktiken und Lebensweisen verbietet oder sie zulässt? Kann der Wunsch nach kultureller und religiöser Emanzipation, der sich in den Worten Keller-Messahlis ausdrückt, durch diskriminierende Reglemente erfüllt werden? In der Schweiz hat jede Person das Recht, ihre Religion und weltanschaulichen Überzeugungen frei zu wählen und auszuüben. Die Achtung des Familienlebens, auch dasjenige von kulturellen und/oder religiösen Minderheiten, ist gemäss Bundesverfassung gewährleistet. Die Auseinandersetzung in der Schweiz über Integration ist immer stärker durch Assimilationsforderungen geprägt. Dadurch gerät ein wesentliches Element des Schweizer Erfolgs in Vergessenheit: das friedliche und solidarische Zusammenleben in einem religiös und kulturell durchmischten Staatswesen.

\* Roy, Olivier. 2010. Heilige Einfalt. Über die politischen Gefahren entwurzelter Religionen. Siedler-Verlag ■



Sura Al-Shawk kämpft seit Jahren gegen das Kopftuchverbot der Basketballliga Nordostschweiz.



24

Zuger Staatslotterie 2010 – am **3. Oktober** sind Wahlen. Es wird spannend.

Leider nicht beim Ausfüllen der Listen. Die sind meistens schon voll, und während frau/mann früher nach Lust und Laune bei den anderen Parteien in die personelle Zusammensetzung der schliesslich gewählten Abordnungen reinfunkeln konnte, ist jetzt **Panaschieren out**. Jede persönliche Stimme ist auch eine Parteistimme, pffhh....

Erstaunlich ist, dass bisher noch keine Partei auf die Idee gekommen ist, die einzige nützliche Utensilie als Wahlschänkli zu verteilen: ein **Lineal**. Denn einfach nur Streichen kostet nichts.

Die SVP könnte das Lineal gleich mit Zacken versehen. In **Rotkreuz** zum Beispiel wären wir dann die Blocher-Jünger bald los.

In den Zuger Stadtrat wollte der gegen alles Linke und Grüne Gift und Galle speiende **Rudolf Balsiger** von der FDP. Hätte der sich von seinen Mannen nicht doch noch «d'Chnöpf lo iitue», wärs in Zug so richtig spannend geworden: ein dritter Sitz für die Linke, und der bürgerliche Stadtrat wäre nur noch relativ bürgerlich gewesen – dank dem «absolut bürgerlichen» Balsiger.

Dass FDP-Parteipräsident **Kleeb** den Rudolf «unbe-

dingt im Kantonsrat behalten wollte», sagt einiges aus über den politischen Standort des Quereinsteigers, der in grauer Vorzeit mal für einen kurzen Moment Hoffnungen auf eine Re-Liberalisierung der neoliberalen FDP geweckt hatte. Aber nun geht es vorwärts mit Kleeb – vom politischen Nobody ist er aufgestiegen zum Listenführer auf der freisinnigen Regierungsratsliste.

Dort bibbert Jochi Eder dem 3. Oktober entgegen. Eine von langer Hand vorbereitete interne Fronde hat es auf ihn abgesehen. Ob die Mega-Kampagne für den ehemaligen Zuger Polizeichef Urs Hürlimann den Vorteil der Vorkumulation von Eder wettmachen kann, ist allerdings unsicher. Aber wenns **direttissima** nicht klappt, reicht ja vielleicht der dritte Platz, falls Matthias Michel nächstes Jahr den Ständeratssitz seines ehemaligen Anwaltskanzlei-Kompagnon Rolf Schweizer übernimmt. Auch nachgerutscht sitzt es sich gut auf einem Regierungsstuhl.

Aber auch nur, wenn die FDP wieder **zwei Sitze** im Regierungsrat macht...

Da spielen die politischen Katholiken in der Stadt Zug den Ball direkter – wie an der CVP-Parteiversammlung die Polit-**Hypothek** Sidler Weiss getilgt wurde, hätte Macchiavelli entzückt.

Fast calvinistisch wirken die puritanisch gestylten **CVP-Plakate**. Immerhin helfen sie der politisch interessierten Kundschaft, dank der grossen Menge die Namen auf der CVP-Stadtratsliste auswendig zu lernen. Die kennt ja sonst niemand.

Die grossen Porträts in der Zuger Prawda sind jeweils schnell gelesen: Bei den Antworten auf die Frage nach den Wahlchancen ist der **Spassfaktor** oft gross. Bis zum Redaktionsschluss führt ein SVPLer die nach oben offene Lächerlichkeits-Richterskala an. Originalton Thomas Aeschi (doch, den gibts wirklich): «Ich werde gewählt, weil mir das Wohl unseres Kantons naheliegt.»

Hin und wieder geben die Interviews aber auch wertvolle Hinweise für die persönliche Listengestaltung. Nicht nur beim SP-Elektorat dürfte Bettina Eglers Positionsbezug zugunsten einer **Erhöhung des Rentenalters** mehr als nur ein Anheben der linken Augenbraue bewirken.

Oder bei der grossen Unbekannten, dem grünliberalen Wahlvölkli. Das muss die Ablehnung des Stadttunnels durch seinen Stadtratskandidaten Züger erst noch **vegetarisch** verdauen.

Das eigene Parteiprogramm noch nicht ganz verdaut hat einer der grünliberalen Spitzenkandidaten fürs Parlament. In einer

Diskussion am GrüLi-Werbestand auf dem Landsgemeindeplatz machte er klar, wieso die Partei im Bündnis für die städtische **2000-Watt-Initiative** nicht mitmachen wollte: «Die 2000-Watt-Gesellschaft wird es nie geben, das funktioniert nicht.» Nicht mal der schüchle Hinweis auf Parteichef Martin Bäumle, der nur Tage zuvor auf dem grossen Podiumsgespräch zum selben Thema mit viel Engagement für die 2000-Watt-Gesellschaft referierte, fruchtete bei Herrn Stadlin.

Apropos Zuger Prawda: Fast schon grotesk mutete der gross aufgemachte Artikel vom 18. August über allfällige Zuger **Bundratsaspiranten** an. Alle Parteien durften ihren Senf dazugeben, ausser diejenige, welche wohl noch am ehesten einen in ihren Reihen hat, der dafür in Frage gekommen wäre. Das krampfhaft umschiffen jeglicher Hinweise auf Jo Lang machte den Artikel zur unfreiwilligen Realsatire.

Auch in Richtung Realsatire geht eines der Wahlgadgets der Grünen-Alternativen: Zu viel «Zukunft» vertragen die grünen **Windrädli** nämlich nicht – so schnell wie sie zusammengesteckt sind, fallen sie auch wieder auseinander, sobalds mal etwas luftet. Da hilft nur Bio-Leim. Womit dann auch das nicht ganz klimakonforme Windrädli-material wenigstens zum Teil kompensiert wäre.





Montag, 13. September, 20 h  
Directors cut von **REISEN-  
DER KRIEGER** von  
Christian Schocher. Ein  
Film von 1981, der etwas  
eingekürzt wurde, eine  
Schweizer Seelengeschichte,  
ein Klassiker!

Montag, 18. Oktober, 20 h  
**DHARAVI – SLUM FOR  
SALE!** Dokumentarfilm von  
Lutz Konermann, 2009  
Der Film zeigt, wie der  
grösste Slum von Mumbai  
sanieren soll – und  
verdeutlicht, wie komplex  
jede gesellschaftliche  
Entwicklung ist und somit  
auch deren Planung.  
Dharavi wird zum Testfall  
für die Welt, in der das  
internationale Kapital auch  
vor den Hütten der Ärmsten  
nicht halt macht.



Montag 18. Oktober, 20 h  
**DER FÜRSORGER** von  
Lutz Konermann  
Als Ersatz, falls **DHARAVI  
– SLUM FOR SALE!** erst im  
November gezeigt werden  
kann. Es ist die Geschichte  
eines notorischen Hoch-  
staplers, Betrügers und  
Schürzenjägers, basierend  
auf den Lebenserinnerungen  
von Hans-Peter Streit.  
Entlarvend und witzig, mit  
grossartigen Schauspielern.



Montag, 8. November, 20 h  
Wir zeigen **LA YUMA** von  
Florence Jauey, Nicaragua  
2009. Die Regisseurin ist  
anwesend. Walter Ruggle  
(trigon) macht mit ihr und  
dem Film eine Tournee,  
und wir sind dabei. Es ist  
die Geschichte eines  
Mädchens aus dem  
Elendsviertel von Managua,  
das Boxerin werden will.  
Das verändert ihr Leben  
und mündet in brutalen  
Konfrontationen, die sie  
dank ihrer rebellischen  
Lebensenergie meistert. Mit  
Wut im Herzen gewinnt sie  
ihren ersten Boxkampf.  
In Planung für Dezember



**FRÄULEIN STINNES  
FÄHRT UM DIE WELT.** Die  
Geschichte der 27-jährigen  
Clärenore Stinnes, die im  
Jahr 1927 mit einem Adler  
Standard um die Welt fuhr.  
Der Filmer und Fotograf  
Carl-Axel Söderström war  
der Einzige, der übrig blieb  
von einer Begleitequipe.  
Angeblich hat sie ihm im  
Ural das Du angetragen.  
Nach dem zweijährigen  
Abenteuer hat sie ihn  
geheiratet.



### Büchermail

Es gibt sie noch: Echte  
Bücher zum Anfassen und  
Lesen!

Liebe Leserinnen und  
liebe Leser!

Eine amerikanische  
Professorin hat herausge-  
funden, dass die Bil-  
dungschancen für Kinder  
besonders hoch sind,  
wenn im Haushalt mehr  
als zwanzig Bücher  
vorkommen, und das ganz  
abgesehen vom Bildungs-  
stand der Eltern! Eine  
schöne Nachricht, finde  
ich! So wird es vielleicht  
doch wieder so weit  
kommen, dass man mit  
Büchern wohnen und  
leben möchte. Dafür  
taugen gerade «echte»  
Bücher vorzüglich! Die  
elektronischen können da  
einfach nicht mithalten!

Judith Giovannelli-Blo-  
cher, die «grosse» Schwe-  
ster von Christoph, hat  
soeben im Nagel-&Kim-  
che-Verlag ein kluges  
Buch mit folgendem Titel  
herausgegeben:

**Die einfachen Dinge –  
Worauf es im Leben  
ankommt!**



Die streitbare und enga-  
gierte Autorin liest am  
Montag, dem 13. Septem-  
ber, um 20 Uhr in der  
Buchhandlung Schmid-  
gasse!

Von Christian Felber,  
Mitbegründer von Attac  
Österreich ist das folgende  
Buch erschienen:

Felber Christian, **Gemein-  
wohl-Oekonomie. Das  
Wirtschaftsmodell der  
Zukunft**, Deuticke Verlag  
Es gibt Alternativen zu  
Kapitalismus und realso-  
zialistischen Irrwegen.  
Felbers Gemeinwohl-Öko-  
nomie beruht – wie eine  
Marktwirtschaft – auf  
privaten Unternehmen  
und individueller Initiati-  
ve, jedoch streben die  
Betriebe nicht in Konkur-  
renz zueinander nach  
Finanzgewinn, sondern  
sie kooperieren mit dem  
Ziel des grösstmöglichen  
Gemeinwohls! Christian  
Felber ist als Referent zu  
haben!





26

Francesco Micieli, Berner Schriftsteller mit italienischen Wurzeln, hat im Zytglogge einen faszinierenden und verstörenden Text herausgegeben: Micieli Francesco, **Liebe im Klimawandel. Ein Protokoll.**

«Ich war noch im Bett als ich hörte, dass überall an Türen geklopft wurde. Ich liebe diesen Zustand: zu hören, dass überall das Leben erwacht und ich noch geschützt vom Schlaf im Bett bleiben kann.

Da klopfte es auch an meine Türe.

Die Welt ist überschwemmt, sagte eine männliche Stimme.

Und ich hatte geglaubt, man wolle mir Kaffee bringen!

Ich hielt ganz still, stellte mich tot.

Ich bin in einem Irrenhaus gelandet, sagte ich mir, besser ich bleibe ruhig und schleich mich davon, wenn niemand mehr im Flur ist.»



Einen schönen Herbst wünsch ich mir und euch und grüsse herzlich!  
Susanne Giger

**Samstag, 4. September:**  
**Forum Oberägeri**  
Standaktion Wahlen, 9–12 h, beim Bären, Oberägeri

**Samstag, 4. September:**  
**Krifo Alternative Cham**  
Standaktion Wahlen, 9–11.30 h, Märt Cham

**Samstag, 4. September:**  
**Alternative – die Grünen Stadt Zug**  
Unterschriften sammeln für die Initiativen 2000-Watt-Gesellschaft und Abschaffung Pauschalbesteuerung 9–12 h, Landsgemeindeplatz Zug

**Samstag, 4. September:**  
**Alternative – die Grünen Stadt Zug**  
Velokorso in der Zuger Innenstadt 10.30h, Besammlung auf dem Landsgemeindeplatz, Schmücken der Fahrräder ca. 11h Abfahrt, Mitnehmern: Fahrrad

**Montag, 6. September:**  
**Alternative – die Grünen Menzingen**  
Podium mit allen Kandidatinnen und Kandidaten der Linken Parteien 19.30h, Restaurant Adler, Menzingen

**Dienstag, 7. September:**  
**Gleis 3 Alternative Risch**  
Wahlpodium für alle Kandidierenden 19.30h, Dorfmatzsaal Rotkreuz

**Mittwoch, 8. September:**  
**Alternative – die Grünen Stadt Zug**  
Wahlaktion «Sonnenblumen» 16.30–19 h, Bahnhofplatz Zug

**Donnerstag, 9. September:**  
**Alternative – die Grünen Baar**  
Wahlaktion «Sonnenblumen» rund um den Bahnhofplatz ab 16.30h, Bahnhofplatz Baar

**Donnerstag, 9. September:**  
**Alternative – die Grünen Stadt Zug**  
Wahlaktion «Sonnenblumen» 16.30–19 h, Bahnhofplatz Zug

**Freitag, 10. September:**  
**Forum Oberägeri**  
Jubiläumsveranstaltung 20 Jahre «Forum Oberägeri» 17.45 h, Schifffahrt ab Seeplatz ab 19 h, Jubiläumsveranstaltung im Restaurant Ochsen

**Samstag, 11. September:**  
**Alternative – die Grünen Kanton Zug**  
Sponsoringevent – Festbetrieb mit Livemusik der Band Strozzi 14–22 h, Zug, unterhalb des Regierungsgebäudes am See

**Samstag 11. September**  
**Alternative – die Grünen Baar**  
Wahlmarkt aller Parteien, Samstagmarkt beim Gäugelbrunnen 9 bis ca. 12.30 h mit Konzert Alphorngruppe, Ten Sing, Apéro

**Samstag, 11. September:**  
**Alternative – die Grünen Stadt Zug**  
Unterschriften sammeln für die Initiativen 2000-Watt-Gesellschaft und Abschaffung Pauschalbesteuerung 9–12h, Landsgemeindeplatz Zug



**Dienstag, 14. September:  
VPOD**

Podiumsgespräch mit allen Zuger Parteien zum Thema «Was ist service public?»  
19.30 h, Siehbachsaal Zug

**Freitag, 17. September:  
Grüne Steinhausen**

Standaktion Wahlen,  
ab 13.30 h, Märt Steinhausen

**Samstag, 18. September:  
Gleis 3 Alternative Risch**

«Lasst Blumen sprechen»,  
Wahlaktion: Rischer Kandidierende gehen auf die Strasse!  
9–12 h, Dorfmattplatz

**Mittwoch, 22. September:  
Alternative – die Grünen Baar**

Wahlaktion  
ab 5.45h, Bahnhof Baar

**Sonntag, 3. Oktober:  
Wahlsonntag RR, KR, Stadtrat, GGR, GR**

Wahlfeier  
ab 15 h, Siehbachsaal Zug

**Mittwoch, 6. Oktober:  
Alternative Monatsbar,**

anschliessend Wahlrückblick  
18.30 h, Siehbachsaal, Chamberstrasse 33, Zug,

**Mittwoch, 27. Oktober: Vortrag von Florianne Köchlin**

«Der schlaue Kopfsalat»  
20 h, Burgbachsaal Zug

Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen Zug**

Postfach 4806, 6304 Zug  
041 711 99 09

[www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

Öffnungszeiten Büro Alternative – die Grünen, Zug:  
**MO, 14–18 Uhr und  
DO, 10–14 Uhr**

**Alternative – die Grünen Baar**

Postfach, 6340 Baar  
[www.alternative-baar.ch](http://www.alternative-baar.ch)  
[info@alternative-baar.ch](mailto:info@alternative-baar.ch)

**Alternative – die Grünen Menzingen**

Barbara Beck-Iselin, Präsidentin, Neudorfstrasse 22,  
6313 Menzingen  
Postfach 112,  
6313 Menzingen  
[www.fw-menzingen.ch](http://www.fw-menzingen.ch)  
[b.beck-iselin@bluewin.ch](mailto:b.beck-iselin@bluewin.ch)

**Alternative – die Grünen Unterägeri**

Cornelia Mayinger,  
Buchholz 9  
6314 Unterägeri  
[cornelia.mayinger@datazug.ch](mailto:cornelia.mayinger@datazug.ch)

**Alternative – die Grünen Stadt Zug**

Postfach 4805, 6304 Zug  
[www.alternative-stadt.ch](http://www.alternative-stadt.ch)  
[info@alternative-stadt.ch](mailto:info@alternative-stadt.ch)

**Forum Oberägeri**

Andreas Kuhn, Lutisbachweg 9, 6315 Oberägeri  
[www.forum-oberaegeri.ch](http://www.forum-oberaegeri.ch)  
[forum-oberaegeri@mymail.ch](mailto:forum-oberaegeri@mymail.ch)

**Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz**

Hanni Schriber,  
Unterer Haldenweg 5,  
6343 Rotkreuz  
[www.gleis3.ch](http://www.gleis3.ch)  
[hannischriber@gmx.ch](mailto:hannischriber@gmx.ch)

**Grüne Steinhausen**

Postfach 123,  
6312 Steinhausen  
[www.gruene-steinhausen.ch](http://www.gruene-steinhausen.ch)  
[steinhausen@alternative-zug.ch](mailto:steinhausen@alternative-zug.ch)

**Junge Alternative Zug**

Postfach 4806, 6304 Zug  
[junge@alternaive-zug.ch](mailto:junge@alternaive-zug.ch)  
[www.junge.alternative-zug.ch](http://www.junge.alternative-zug.ch)

**Krifo Alternative Cham**

Co-Präsidium: Sha Ackermann und Roman Ambühl  
[www.krifo.ch](http://www.krifo.ch)  
[cham@alternative-zug.ch](mailto:cham@alternative-zug.ch)

**Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat:**  
[www.alternativefraktion.ch](http://www.alternativefraktion.ch)

**Grüne Partei Schweiz**

[www.gruene.ch](http://www.gruene.ch)

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 3, September 2010, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:  
Verein DAS BULLETIN

Adresse:

BULLETIN Alternative – die Grünen Zug,  
Postfach 4806, 6304 Zug,  
E-Mail: [bulletin@ch.inter.net](mailto:bulletin@ch.inter.net)

Redaktion:  
Natalie Chiodi,  
Jonas Feldmann,  
Hansjörg Glauser,  
Philippe Koch,  
Lorenzo Martinoni,  
Martin Stuber

Produktion:  
Manuela Burkart,  
[www.alphabeet.ch](http://www.alphabeet.ch)

Belichtung & Druck:  
DMG Zug

Gedruckt auf Cyclus Print  
(100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe:  
1200 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage:  
1005 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.-; KleinverdienerInnen Fr. 10.-,  
Unterstützungsabo:  
Fr. 50.- Mitgliederbeitrag  
Verein DAS BULLETIN:  
Fr. 100.-

Einzahlungen auf:  
Verein DAS BULLETIN,  
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss  
Nr. 4/2010: Freitag,  
10. Dezember 2010

Erscheinungsdatum:  
Mittwoch, 29. Dezember  
2010

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter  
[www.bulletin-zug.ch](http://www.bulletin-zug.ch)

AZB 6304 ZUG  
Adressberichtigungen melden:  
Alternative - die Grünen Zug,  
Postfach 4806, 6304 Zug

